# Amtsblatt

der k. k.

# Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag 4 Uhr Nachmittags.

Nr. 94. Dienstag, den 29. November 1892. Jahrgang I.

**Pränumerationspreise:** Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl., „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.


## Gemeinderath.

### Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 25. November 1892 unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Johann Nep. Prix und des Vice-Bürgermeisters Dr. Raimund Grübl.

**Bürgermeister Dr. Prix:** Die Sitzung ist eröffnet.

**1.** Herr Gem.-Rath Simon entschuldigt sein Ausbleiben von der heutigen Sitzung.

Zur Kenntnis.

**2.** Ich glaube, die geehrten Herren werden einverstanden sein, dass im Fasching 1893 wieder ein Ball der Stadt Wien unter denselben Modalitäten und zu demselben Zwecke abgehalten wird, wie dies in den früheren Jahren geschehen ist. Keine Einwendung? — Angenommen.

**3.** Se. k. u. k. apost. Majestät (die Versammlung erhebt sich von den Sitzen) haben im allerhöchst eigenen und im Namen Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin dem Centralvereine zur Beköstigung armer Schulkinder in Wien den bisherigen Jahresbeitrag von 2000 fl. auf weitere fünf Jahre bis 1896 aus der allerh. Privatcasse huldvollst zu bewilligen geruht. (Beifall.) Indem der Gemeinderath dies dankend zur Kenntnis nimmt, wird derselbe geneh igen, dass ich in geeigneter Weise diesen Dank zu Füßen Ihrer Majestäten lege.

**4.** Der Vorsteher des III. Bezirkes, Herr Schober, theilt mit, dass Herr Karl Ferdinand Mauthner von Markhof außer den in der Schenkungsurkunde vom 12. October 1891 *ausgewiesenen Beträgen und Werthen der Kronprinz Rudolf-Kinderspital-Stiftung* auch noch die Übertragungs- und Schenkungsgebüren, den Communalzuschlag gezahlt und für die Anlegung und Bepflanzung des Gartens einen Beitrag bewilligt habe. (Beifall.)

Wird dankend zur Kenntnis genommen.

**5.** Herr Johann Rauch hat aus Anlass der Verleihung der großen goldenen Salvator-Medaille 200 fl. für die Armen des XII. Bezirkes gespendet.

Wird der Dank ausgesprochen.

**6.** Herr Jakob Eisler hat dem Franz Josef-Jugendasyl-Vereine 50 fl. und dem Vereine zur Beköstigung armer Schulkinder ebenfalls 50 fl. gespendet.

Wird der Dank ausgesprochen.

**7.** Der Unterstützungsverein für mittellose Taubstumme im XVIII. Bezirke dankt dem Gemeinderathe für die Subvention von 200 fl.

Wird zur Kenntnis genommen.

**8.** Der Ortsschulrath im XV. Bezirke zeigt an, dass aus dem Erträgnisse des im vergangenen Fasching veranstalteten Kränzchens in der Zeit vom 16. November 1892 bis 15. März 1893 an jedem Schultage 80 Schulkinder ausgespeist werden, und wurde der Ortsschulrath ersucht, die Vertheilung vorzunehmen.

Wird dankend zur Kenntnis genommen.

**9.** Ich habe die Ehre, eine Interpellation des Herrn Gem.-Rathes Seiler, betreffend die Abladung von Sand an einem Sonntage am Kärnthnerring, zu beantworten.

Die Erhebungen haben ergeben, dass durch die Allg. österr. Transport-Gesellschaft Sonntag den 13. d. M. am Kärnthnerring Sand, der für die Bestreuung der Gehwege und Übergänge bei Glatteis bestimmt ist, zugeführt und abgeleert wurde. Da ein zwingender Grund aus öffentlichen Rücksichten für die Vornahme dieser Arbeit an einem Sonntage nicht vorhanden war, die Gesellschaft auch unterlassen hat, die Anzeige zu erstatten, so wird gegen dieselbe die Strafamtshandlung wegen Übertretung der Vorschriften über die Einhaltung der Sonntagsruhe vom Bezirksamte eingeleitet werden. Bemerkt wird, dass an das Bezirksamt eine amtliche Mittheilung bisher nicht geschehen ist.

Ich bitte den Herrn Schriftführer, die Einläufe zu verlesen.

**Schriftführer Gem.-Rath Zagórski** (liest):

**10.** Interpellation des **Gem.-Rathes Dr. Klotzberg:**

Nach einer Entscheidung des obersten Gerichtshofes sind die Zins- und Schulkreuzer als eine die Mietpartei treffende Gemeindeumlage anzusehen und haben nicht die rechtliche Natur einer von der Realität selbst zu entrichtenden Abgabe.

Nachdem durch diese Entscheidung die städtischen Zinsumlagen, welche ein bedeutendes Einkommen der Commune bilden, derzeit förmlich in der Luft hängen, so stelle ich an den hochgeehrten Herrn Bürgermeister die ergebene Anfrage:

Ob derselbe geneigt ist, alle gesetzlichen Schritte zu unternehmen, um die ins Fleisch und Blut der Bevölkerung übergegangenen Zins- und Schulkreuzer für den communalen Säckel gesetzlich zu wahren, so dass diese Zinsumlagen die rechtliche Natur einer von der Realität selbst zu entrichtenden Abgabe haben.

**Bürgermeister:** Ich habe die Ehre, hierauf zu erwidern, dass mir diese Entscheidung des obersten Gerichtshofes bis heute nicht bekannt geworden ist; ob also die Entscheidung so getroffen ist, wie in einem Journale mitgetheilt wurde, weiß ich nicht. Selbstverständlich wird dieser Frage die größte Aufmerksamkeit zugewendet werden.

**Schriftführer Gem.-Rath Zagórski** (liest):

**11.** Interpellation des **Gem.-Rathes Bärtl:**

Vor mehreren Jahren habe ich vereint mit einem Collegen den Dringlichkeits-Antrag gestellt, der Gemeinderath wolle beschließen, es sei ein Nutzviehmarkt zu errichten, und des weiteren beantragt, der Magistrat möge beauftragt werden, die hiezu nöthigen Schritte einzuleiten.

Seit Stellung dieses Antrages sind, wie schon erwähnt, einige Jahre verflossen, ohne dass darüber auch nur das geringste verlautbart worden wäre; ich erlaube mir daher, an das geehrte Präsidium die Anfrage zu richten:

Ob es nicht geneigt wäre, diesen eminent wichtigen Antrag seiner baldigen Erledigung zuzuführen.

**Bürgermeister:** Ich habe die Ehre, hierauf zu erwidern, dass ich die Angelegenheit urgieren werde.

**Schriftführer Gem.-Rath Zagórski** (liest):

**12.** Interpellation des **Gem.-Rathes Tagleicht:**

Anlässlich der im Zuge befindlichen Systemisierung der Beamtenstellen des Magistrates und deren Gehalte empfiehlt es sich, sofort nach Erledigung dieses Referates die jetzt geltenden Diäten und Commissionsgebüren einer Regulierung zu unterziehen.

Ich gestatte mir an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Ob diese Regulierung vorgenommen werden wird.

**Bürgermeister:** Ich habe die Ehre, hierauf zu erwidern, dass die Vorarbeiten bereits getroffen sind und dass bei uns wenigstens die Absicht besteht, sofort nach dem Beschlusse über die Einreihung der Beamten auch diese Angelegenheit dem Gemeinderathe zur Beschlussfassung vorzulegen.

**Schriftführer Gem.-Rath Zagórski** (liest):

**13.** Anfrage des **Gem.-Rathes Grünbeck:**

Nach den officiellen Berichten wird das Jahr hindurch eine sehr große Anzahl von Pferden geschlachtet, und zwar in den Häusern dichtbewohnter Bezirke in oft mangelhaften Schlachtbrücken, und sind daher die sanitären Übelstände oft crasse, wodurch die Nachbarschaft arg belästigt wird.

Dass dies einer Änderung aus rein sanitären Rücksichten bedürftig ist, dürfte wohl von niemandem bestritten werden, da ja auch die Überwachung in einem gemeinsamen Pferdeschlachthause viel leichter und sicherer ist.

Ich erlaube mir daher, die Anfrage zu stellen:

1. Sind die Pläne zur Errichtung eines Schlachthauses in Ausarbeitung begriffen?

2. Wird im Präliminare pro 1893 für den eventuellen Bau vorgesorgt?

3. Wenn nicht, wäre der Herr Bürgermeister nicht geneigt, eine diesbezügliche Vorlage dem Gemeinderathe zur Berathung und Beschlussfassung vorzulegen?

**Bürgermeister:** Ich werde diese Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

**Schriftführer Gem.-Rath Zagórski** (liest):

**14.** Interpellation des **Gem.-Rathes Grünbeck** und Genossen:

Gelegentlich der Berathung des Präliminares für das Jahr 1892 wurde vom Gemeinderath der Antrag, die aus vormärzlicher Zeit stammende „Musik-Impostgebür" aufzuheben, an den löblichen Stadtrath gewiesen.

Da nun gegenwärtig im Stadtrathe die Berathung des Präliminares pro 1893 stattfindet, erlaube ich mir die Anfrage zu stellen:

Hat der löbliche Stadtrath sich während dieser Zeit mit dem Antrage wegen Aufhebung der Musik-Impostgebür befasst und wann wird der Beschluss dem Gemeinderathe bekanntgegeben?

**Bürgermeister:** Ich habe die Ehre, hierauf zu erwidern, dass der Gegenstand auf der Tagesordnung des Stadtrathes steht.

Wir schreiten zur Tagesordnung, ich ersuche Herrn Gem.-Rath Wurm zum Referate. (Gem.-Rath Wurm tritt an den Referententisch.) Ich bitte, meine Herren, der Gegenstand, der jetzt vorgelegt wird, ist . . . . .

(Ein Galleriebesucher ruft einige Worte in den Versammlungssaal. Unruhe und Rufe in der Versammlung: Ruhe auf der Gallerie! — Was soll das heißen?)

Ich bitte um Ruhe. (Zur Gallerie gewendet:) Sie haben sich nicht einzumengen, ich werde die Gallerie sonst räumen lassen.

Der Gegenstand, welcher Ihnen hier vorgelegt wird, ist von außerordentlicher Wichtigkeit. Er betrifft nämlich die Station Michelbeuern der Stadtbahn und die daran sich knüpfenden Arbeiten, welche nach der Erledigung der Angelegenheit im Gemeinderathe sofort oder in einigen Tagen begonnen werden — am 30. November ist nämlich die Begehung.

Nun hat heute der Stadtrath hierüber beschlossen, es war daher nicht möglich, den geehrten Herren einen Plan mitzutheilen oder eine Verständigung ins Haus zu schicken, wohl aber ist das Project durch acht Tage bereits für jedermann aufgelegen, was auch im Amtsblatte der Stadt Wien kundgemacht worden ist.

Ich würde die sehr geehrten Herren bitten, mit Rücksicht auf die Dringlichkeit dieser Angelegenheit und mit Rücksicht darauf, dass dadurch eine nicht unbeträchtliche Arbeit geschaffen werden kann, in die Berathung einzugehen. Sollte dagegen aus der Versammlung ein Bedenken obwalten, so müsste ich natürlich die Angelegenheit erst in die Dienstag-Sitzung bringen. Ich rechne aber darauf, dass Sie mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Sache in die Berathung eingehen werden. (Zustimmung.) Es erfolgt also keine Einwendung.

**15. Referent Gem.-Rath Wurm:** Zahl 7330, Beil. 218. Den Gegenstand, welchen dieses Referat behandelt, hat bereits der Herr Bürgermeister erwähnt.

Es wurden schon bei den commissionellen Verhandlungen im allgemeinen die Bedingungen festgestellt, unter welchen die Gürtellinie der Stadtbahn eingeführt werden soll. Es wurde damals betont, die Bahntracen in den geraden Strecken in die Axe der Gürtelstraße, in den Krümmungen . . . (Unruhe. Ruf: Ich glaube, wir sind dazu da, das Referat anzuhören!)

**Vice-Bürgermeister Dr. Grübl** (den Vorsitz übernehmend): Ich möchte die Herren bitten, sich auf die Plätze zu begeben.

**Referent** (fortfahrend): . . . . in den Krümmungen innerhalb des Gürtelspiegels zu verlegen.

Ferner wurde auch bedungen, dass bei der Station Michelbeuern eine innere Gürtelstraße eröffnet werde.

Bekanntlich war die Station Michelbeuern in dem ursprünglichen Projecte derart geplant, dass nur die äußere Gürtelstraße in der Breite von 10° zu führen und der Bahnhof an die Mauer des Irrenhausgartens anzubauen wäre; eine innere Verbindung wäre ganz ausgeblieben. Nun wurde die Bedingung gestellt, dass bei der Bahnanlage auf Kosten der Unternehmung auch eine innere Gürtelstraße hergestellt werde, und zwar in einer Breite von 12°, also in jener Breite, welche für die innere Gürtelstraße überhaupt der ganzen Länge nach bestimmt ist. In den Tracenrevisions-Protokollen wurde auch diese Forderung aufrechterhalten und in der Verkehrscommission wurde derselben im Principe zugestimmt; darauf hat das hohe Handelsministerium die Bedingungen festgestellt . . . (Unruhe. — Gem.-Rath Dr. Lerch: Ich bitte zur Geschäftsordnung ums Wort, wir hören ja nichts!)

**Vice-Bürgermeister Dr. Grübl:** Während der Rede des Herrn Referenten kann ich niemandem das Wort ertheilen. Ich möchte aber die Herren bitten, sich auf die Plätze zu begeben.

**Referent** (fortfahrend): . . . unter welchen dieser Bahnhof in Michelbeuern angelegt werden soll. Diese Bedingungen lauten (liest):

„1. Die Anlage der currenten Bahn soll soviel als möglich in den geraden Strecken in der Axe der Gürtelstraße, bei Krümmungen innerhalb des Gürtelspiegels erfolgen. Bei Aufstellung der Grundeinlösungsbehelfe ist auf die Eröffnung der Gürtelstraße insofern Rücksicht zu nehmen, als die Einlösung der Realitäten für den Bahnbau erforderlich ist.

2. Die Station Michelbeuern ist nur als Frachtenbahnhof zu errichten, und zwar unter Beachtung folgender Bedingungen:

a) Der Bahnhof ist möglichst tief in den Einschnitt nächst der n.-ö. Landes-Irrenanstalt zu verlegen;
b) zwischen dem Bahnhofe und der Irrenanstalt ist eine thunlichst breite Straße zu belassen;
c) der Garten der Irrenanstalt ist durch eine entsprechend hohe Mauer abzuschließen;
d) am Bahnhofe ist gegen die Irrenanstalt zu ebenfalls eine möglichst hohe Mauer zu errichten;
e) die Geleise sind möglichst weit vom Garten der Irrenanstalt zu verlegen, und ist der Betrieb derart einzurichten, dass akustische Störungen möglichst vermieden werden, demnach der Verkehr insbesondere bei Nachtzeit thunlichst geräuschlos durchgeführt werden kann."

In diesem Erlasse des Handelsministeriums ist also eine innere Gürtelstraße gesichert, und es werden auch auf Kosten der Commission alle Begrenzungsmauern hergestellt, das heißt die Begrenzungsmauer längs des Gartens der Irrenanstalt, sowie auch selbstverständlich die Begrenzungsmauer der Bahnhofanlage. Die Grundeinlösung selbst muss jedoch die Gemeinde tragen, was auch in Übereinstimmung mit dem Programme ist, worin es ausdrücklich heißt, dass nur in jenen Fällen, wenn durch die Bahn die Straßengründe derart in Anspruch genommen werden, dass der Verkehr behindert wird, entsprechende Ersatzstraßen gegeben werden müssen. Nachdem nun die Bahn im Gürtelspiegel und nicht auf der currenten Straße liegt, so ist es selbstverständlich, dass die Einlösung der Gründe die Gemeinde trifft.

Der Magistrat sowohl als das Bauamt haben erklärt, dass die Bahnhofanlage jenen Anforderungen entspreche, welche damals seitens der Gemeinde aufgestellt wurden; die Hauptanforderung war eben die Eröffnung der inneren Gürtelstraße und die Herstellung einer weiteren Verbindung zwischen dem äußeren und inneren Gürtel. Diese ist hergestellt in der Verlängerung der Czermakgasse, wo jetzt ein vollkommen fahrbarer Durchlass angebracht ist, wodurch also der äußere mit dem inneren Gürtel verbunden ist.

Die Bahnhofanlage selbst ist jedoch wesentlich erweitert und erstreckt sich auf eine sehr bedeutende Fläche. Das Hauptbedenken, welches im Stadtrathe gegen diese Anlage erhoben wurde, liegt darin, dass die äußere Gürtelstraße durch diese Bahnhofanlage auf jene 10° Klafter beengt werden soll, welche überhaupt die äußere Gürtelstraße in der ganzen Entwicklung hat. Nun sind diese 10° allerdings feststehend für die Gürtelstraße; allein innerhalb dieser Gürtelstraße laufen auch die Geleise der Vororte-Tramway, und vertragsmäßig ist es zugesichert, dass die neue Tramway verpflichtet ist, die Geleise aus der Straße heraus in den Gürtel hinein zu verlegen. Es ist also von großem Interesse, dass für den allgemeinen Verkehr in der Gürtelstraße die volle Breite von 10° aufrechterhalten bleibe, und dass die Neue Wiener Tramway veranlasst werde, die Geleise in den Spiegel hinein zu verlegen. Dadurch wird die Bahnhofanlage etwas verschmälert. Es sind auch Bedenken über die Länge der Bahnhofanlage erhoben worden, und es wäre sehr wünschenswert, wenn es möglich wäre, dieselbe zu verkürzen. Allein das würde auf bedeutende Schwierigkeiten stoßen, weil das Geleise, wenn es verkürzt wird, nicht den vollen Dienst erweist, weil man von langen Zügen dann abstehen muss. Wenn die Bahnhofanlage verkürzt wird, müsste die Manipulation durch Drehscheiben herbeigeführt werden und entstände infolge dessen ein misslicher und umständlicher Betrieb. So wünschenswert also auch die Restringierung der Länge der Anlage wäre, so glaube ich kaum, dass diesbezüglich viel zu erreichen sein wird; umsomehr ist darauf Gewicht zu legen, dass die Breite der ganzen Anlage restringiert werde. Aus Betriebsrücksichten ist gewiss kein Hindernis dagegen; die durchgehenden Geleise und die Abstellgeleise, dann auch der Manipulationsraum für die Abladung der Waren, hauptsächlich der Kohle, sind noch immer groß genug, wenn auch diese Anlage in der Weise verschmälert wird, dass die Neue Wiener Tramway ihr Geleise innerhalb des Spiegels legt. Ferner ist zu bemerken, dass einige kleine Parcellen, welche die Gemeinde im Gürtelspiegel besitzt — sie liegen im entsprechenden Winkel, der ein Zickzack im Linienwall bildet — unentgeltlich der Commission für die Verkehrsanlagen übergeben werden sollen. Es ist das auch im Sinne des Programmes. Es heißt ausdrücklich, dass nur für verkaufbare Bauplätze ein Entgelt an die Gemeinde zu entrichten ist, aber alle übrigen Plätze, öffentlichen Straßen, Gartenanlagen und jene Plätze, welche keine eigentlichen Bauplätze bilden, sind zum Zwecke des Bahnbaues zu überlassen. Demzufolge stellt nun der Stadtrath folgende Anträge (liest):

„A) Der Gemeinderath wolle der Ausführung des vorliegenden Detailprojectes unter folgenden Bedingungen zustimmen:

1. Die Abgrenzung des Gartens der n.-ö. Landes-Irrenanstalt gegen die innere Gürtelstraße zu, beziehungsweise die Aufführung einer Mauer dortselbst, hat nach der diesfalls von der Gemeinde Wien zu genehmigenden Baulinie zu erfolgen, wobei die Freihaltung eines Grundstreifens für die Durchführung

einer 22·75 m breiten, inneren Gürtelstraße zwischen der Begrenzung des Bahnhofes und des Gartens der Irrenanstalt (neue Baulinie) als Grundlage zu dienen hat;

2. die Einfahrt in den Bahnhof gegenüber der Annagasse ist in der Axe dieser Gasse zu situieren;

3. die Detailzeichnungen über die Ausgestaltung der Objecte (Amtsgebäude, Viaducte, Überbrückungen, Mauern 2c.) sind noch vor der Inangriffnahme des Baues derselben der Gemeinde Wien vorzulegen und behält sich dieselbe ihre Zustimmung zu diesen Ausführungen vor;

4. mit Rücksicht auf die Geleise der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft, welche vertragsmäßig in den Spiegel der Gürtelstraße zu verlegen sind, wäre zwischen der Bahnhofanlage und den Häuserfronten der äußeren Gürtelstraße eine lichte Breite von 24 m einzuhalten."

Das ist eine Breite, bei welcher die äußere Gürtelstraße in der vollen Breite durchgeführt werden kann und neben der Gürtelstraße noch das Geleise der Neuen Wiener Tramway.

„5. Das Dienstgebäude, welches an der Ecke der Bahnhofanlage situiert ist, wäre von hier zu entfernen und gegen das Innere des Bahnhofes zu verlegen und wäre eine größere Abkappung vorzusehen.

B) Der Gemeinderath wolle die unentgeltliche Abtretung der für die projectierte Stationsanlage erforderlichen städtischen Gründe, Catastral-Parcelle Nr. $\frac{423}{3}$, $\frac{427}{2}$ und $\frac{436}{1}$, Gemeinde Währing, genehmigen."

**Gem.-Rath Rosenstingl:** Meine Herren! Mit dem schmerzlichen Gefühle ergreife ich heute das Wort, mit dem Gefühle, das man immer hat, wenn man an eine Arbeit geht, von der man weiß, dass sie total vergeblich ist. Ich weiß, dass jedes Wort umsonst ist, das ich rede, ich weiß, dass alles zum Beschlusse erhoben werden wird, was hier vorgeschlagen wird. Aber ich kann nicht anders. Ich erinnere an jene Jagd, an jenen Galopp, die wir mitgemacht haben, als die Verkehrsanlagen behandelt wurden, wie das durchgepeitscht wurde, wie uns nur erlaubt wurde, Wünsche auszusprechen, wie damals der Gemeinderath von Wien in einer Weise gedemüthigt wurde, wie noch nie seit seinem Bestande. Es wurde gesagt: Ihr habt nichts zu beschließen und später haben wir gesehen, dass selbst Wünsche, die wir uns erlaubt haben anzubringen, und zu welchen wir noch so viele Millionen Gulden zugelegt haben, soviel als keine Berücksichtigung gefunden haben.

Ich habe damals von einer Ausschrotung von Wien gesprochen, von einer Barbarei, die mit Wien so handeln wird, wie man mit einem grünen Anger handelt. Hier haben Sie den ersten Fall dieser Barbarei. Die Gürtelstraße hat an dem Tage aufgehört zu existiren, wo dieser Bahnhof angelegt wird. (Sehr richtig!) Sie wird nicht mehr das Recht haben, die Gürtelstraße von Wien zu heißen. Wer je die Boulevards von Paris gesehen hat, muss sagen, dass Wien in dieser äußeren Gürtelstraße ganz dasselbe hätte finden können, was Paris in seinen Boulevards hat, eine der schönsten, imposantesten Straßen. Ich habe gedacht, dass die Gürtelstraße durch ihre imponierenden Dimensionen noch viel mehr wirken wird als die herrliche Ringstraße mit ihren Bauten.

Das ist vorüber. Denn wenn Sie hier von einer äußeren Gürtelstraße von 24·20 oder 26 m und einer inneren von 24 m hören, so sind das zwei Straßen. Das ist so wie auf der Landstraße mit den beiden Viaductgassen; das sind zwei Straßen. Sehen Sie sich den Plan an: in die Gürtelstraße wird ein Loch hineingerissen und in dieses Loch kommt ein Frachtenbahnhof. Wozu haben wir seit Jahren danach geseufzt, dass der Linienwall falle, um hier ein Object hineinstellen zu lassen, das noch weit häßlicher ist als der Linienwall und viel weniger leicht weggeschafft werden kann. Beim Linienwall war es wenigstens möglich, das Kinder dort gespielt haben, und er hat auch einen gewissen landschaftlichen Reiz gehabt. Ich will durchaus nicht für den Linienwall schwärmen, aber man hat doch immer Hoffnung hegen können, dass er einmal wegkommt, hier wird aber etwas gebaut, das nie mehr wegkommen wird, und ich möchte meine Kinder und meine Kindeskinder nicht hören, wenn sie darüber urtheilen, was wir hier gesündigt haben. (Rufe: Sehr gut!) Es gehört einiger Muth dazu, dies auszusprechen, bei dem Ansturm der auf uns gemacht wird seitens der öffentlichen Meinung und seitens der Arbeit Heischenden, deren Wünsche ich für vollkommen berechtigt halte und denen ich als Mensch gerne Rechnung trage.

Der Gemeinderath hat sich aber nur unter zwingenden Verhältnissen damals entschließen können, Ja und Amen zu sagen. Er war nicht überzeugt, dass hier eine Stadtbahn geschaffen wird oder dass Wien dadurch verschönert wird; nein, er hatte das Bewusstsein, dass das Gegentheil eintreten und Wien verschandelt werden wird — wie ich mir damals erlaubte, mich auszudrücken — und so wird es auch kommen, und wenn die Wiener einst diese Objecte sehen werden, werden sie die Hände über dem Kopfe zusammenschlagen und uns fluchen. Auf uns, den Gemeinderath, wird sich zuerst der Fluch entladen, weil wir den Leuten am nächsten stehen und weil sie mit uns in diretem Contact sind, denn man wird sagen, wir hätten das nicht dulden sollen, denn die Leute werden kein Verständnis für die Zwangslage haben, in der wir uns befinden. Dies muss gesagt werden, und ich plaidiere auf mildernde Umstände infolge der heutigen Zwangslage. Der Gemeinderath muss dieser Zwangslage wegen nachgeben, weil andernfalls die Arbeiten gefährdet werden und weil man sonst sagen würde, wenn ihr das aufhaltet, so haltet ihr die Arbeiten auf und ruft die sociale Revolution hervor, und man wird uns weiß Gott was in die Schuhe schieben. Diesem Zwange weichen wir also und lassen Wien ausschroten.

Dort kommt ein Frachtenbahnhof hin. Nun, ich als Kaufmann habe auch einen Begriff, was für eine Bedeutung ein solcher Bahnhof hat. Aber alle Herren hier, die mit Verfrachtungen zu thun haben, werden wissen, dass es vollständig egal ist, ob der neue Frachtenbahnhof, der ja doch nur eine Expositur sein soll, auf diesen Grund hinkommt, wo nicht einmal ein Sitz von Industriellen ist, in einen Bezirk, der diesen Bahnhof absolut nicht braucht.

Ich würde nichts sagen, wenn man eine solche Expositur in Simmering, in der Leopoldstadt oder im X. Bezirke errichten würde, wo die Maschinenfabriken nebeneinander liegen, die das größte Interesse an einem solchen Bahnhofe haben und vielleicht gleich Geleise hinführen würden. — Aber diese Expositur hier zwischen der friedlichen Josefstadt, Alservorstadt und Hernals zu errichten, das bezeichne ich als Wahnsinn! (Rufe: Sehr gut!)

Die Leute, die das vorschlagen, haben die Sache nicht studiert und haben von dem Verkehre in Wien keine blasse Ahnung. Ich sage Ihnen, ich verfrachte auf den Nordbahnhof, Nordwestbahnhof, Franz Josefs-Bahnhof, Süd- und Westbahnhof, in alle Provinzen, und manche der Herren werden in derselben Lage sein — ich berufe mich z. B. auf den Collegen Zweig. — Wir zahlen dem Spediteur ganz dasselbe, ob wir auf den Nordbahnhof oder Westbahnhof verfrachten, der rollende Theil der Verfrachtung spielt dabei gar keine Rolle, sondern das Aufladen und Abladen, wenn man Ware bekommt oder abgibt, und dafür läßt sich der Spediteur bezahlen, sowohl beim directen Dienst als beim Sammeldienst.

Sie wissen ja, wo das Centrum unseres Handels ist: in der Inneren Stadt, begrenzt vom Franz Josefs-Quai, der Rothenthurmstraße, Wipplingerstraße und dem Schottenring; dort ist unser Handel concentriert. Nun fragen Sie einen dortigen Kaufmann, der vielleicht täglich verfrachtet, ein bis zwei Streifwägen wegschickt und bekommt, ob es ihm nicht egal ist, wenn da draußen eine Expositur oder ein Frachtenbahnhof gebaut wird! Hat er etwas auf den Franz Josefs-Bahnhof zu schicken, so schickt er es direct; diese Station hat also gar keinen Sinn, sie ist nicht von Leuten erdacht, die mit unserem Handel und Verkehr in so innigem Contacte stehen, um begründen zu können, dass dort ein Frachtenbahnhof hinkommt. Ich bitte, wenn mir jemand beweist, dass ich unrecht habe, so werde ich ihm dankbar dafür sein.

Meine Herren! Wenn je ein Mensch gerne in einer Sache unrecht gehabt hätte, so wünsche ich das von ganzem Herzen; es wird mir recht sein, wenn man nach drei bis vier Jahren mir sagte: „Du warst ein dummer Mensch", wenn man mir alle möglichen Sachen ins Gesicht sagt, das wird mir ganz recht sein; aber ich fürchte, dass das nicht geschehen wird, dass man in fünf Jahren nicht sagen wird: „Du warst dumm, du hast die Sache nicht überlegt, du warst ein Gegner", sondern man wird sagen: „Du hast recht gehabt", und das wird ein Unglück sein. Wenn Sie das draußen herstellen, so haben Sie wieder Futtermauern mit vollen Dämmen, nicht Durchlässe. Es wurde damals ein drastisches Wort gesagt, welches schon Herr Baurath Neumann schön charakterisiert hat: „Wenn der Techniker etwas nicht will, so sagt er, das geht nicht"; das ist sein Zauberspruch. Natürlich, was will der Laie thun, wenn der Fachmann sagt, es geht nicht, dann muss er sich beugen, und wenn der Techniker sagt, es geht nicht, muss man es anders machen. Man hat auch hier gesagt, es geht nicht, die Canalsohle des Baches zu traversieren, damit man nicht mit einer Untergrundbahn bis zum israelitischen Spital und zum Westbahnhof kommt. Ja, meine Herren, es geht, es geht ganz wohl, aber kosten thut es allerdings viel.

Nun, meine Herren, die Devise der maßgebenden Factoren bei diesem unglückseligen Object ist — ich will nicht das Wort Relaux' wiederholen, womit er die deutschen Aussteller apostrophiert hat — „billig und schlecht"; es war treffend dieses Wort, und zur rechten Zeit gesagt, denn so mancher deutsche Industrielle wird sich an den Kopf gegriffen haben und sich vielleicht bessern; ich will nicht das Wort „billig und schlecht" gebrauchen, sondern ich will sagen „billig und häßlich und unnütz". Es werden Dinge geschaffen, die vielleicht den verschiedenen Verkehrs-Directionen sehr nützlich sein werden, aber für die Stadt Wien werden sie unnütz, ja schädlich sein, weil sie die schöne Stadt Wien häßlich machen, und das allein ist ein großer Schaden. Es thut einem das Herz weh, wenn man den Plan ansieht und daran denkt, was da noch alles gebraut wird; man empört sich darüber, wenn man hört, wie in der Verkehrs-Commission der lieben Regierung alles mögliche an den Kopf geworfen wird, um sich nur schön zu machen, wie Anträge gestellt werden, die direct entgegen den Beschlüssen des Gemeinderathes sind (Oho-Rufe rechts), um sich ein Bild einzulegen. Wenn man solche Dinge hört, da bäumt man sich auf und muss mit dem einen oder anderen Worte heraus, weil da drinnen fortgearbeitet wird, wir erfahren nur hie und da einen Brocken aus den Zeitungen, wir haben nur das Recht zu zahlen und zu schweigen, das ist unser Recht. — So steht der Gemeinderath der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien da. Unsere Wünsche werden unter den Tisch geworfen; wir haben nur zu zahlen und zu schweigen. So weit haben wir es gebracht.

Es nützt alles nichts, wenn ich auch den Antrag stelle: Lehnen Sie die Geschichte ab. Ich glaube nicht, dass Sie es thun. Ich halte den Frachtenbahnhof für eine Phantasie, für etwas, was wir absolut nicht brauchen. Dort dient ein gewöhnlicher Bahnhof, wenn aber ein solcher gemacht wird, so wäre es auch nicht nothwendig, das vorzunehmen, was hier vorgeschlagen wird. Wir müssen die Straße extra zahlen, wenn wir sie eröffnen, damit die innere Gürtelstraße die Breite bekommt. Das ist ganz schön ausgetüpfelt. Wenn wir es noch für eine Bahn brauchen würden, würden wir es bezahlen. Wenn die Bahn aber nicht so gebaut würde, würden wir nicht die Straße extra brauchen. Ich kann mir nicht helfen, ich muss nach meinem gewöhnlichen Unternehmerverstande sagen: Wenn ich hier extra eine Straße als innere Gürtelstraße machen muss, so sind nicht wir, so ist nicht der Gemeinderath schuld daran, sondern jene Bahn, die mich zwingt, eine solche innere Gürtelstraße zu machen, dann aber soll auch diese Bahn das bezahlen, weil wir es sonst nicht gemacht hätten, und weil es nicht nöthig gewesen wäre, dies zu machen.

Nun, meine Herren, denken Sie sich, dass die Josefstadt und der Alsergrund gegen die äußeren Bezirke total abgesperrt werden, und dass man einen Umweg machen muss, um in die äußeren Bezirke zu gelangen. Es wird nun das Interesse derjenigen ins Auge gefasst, die Kohlen verfrachten wollen oder Colli zu verfrachten haben; auf alle anderen 100.000 Menschen, die zu Fuß gehen oder im Wagen fahren, wird nicht Rücksicht genommen; als wenn die nicht ebenso Steuerträger wären. Über diese wird einfach zur Tagesordnung übergegangen und ein Object hingestellt, welches so häßlich ist, wie kein anderes besteht. Ich habe dies alles gesagt, um meinem Herzen Luft zu machen; verzeihen Sie mir, wenn ich damit herausgeplatzt bin; ich kann nicht anders; wenigstens wird es angenagelt und Sie können mich in fünf Jahren einen Narren nennen, wenn Sie glauben, dass ich nicht recht habe; wenn Sie anders reden werden, so werde ich so traurig sein wie Sie und mit Ihnen sagen: „Hätten wir es nicht geduldet". (Beifall.)

**Gem.-Rath Wünsch:** Sehr geehrte Herren! Ich habe vor allem zu constatieren, dass mein geehrter Herr Vorredner mir ganz aus dem Herzen gesprochen hat. Gestatten Sie aber mir als Industriellen und speciell als Industriellen des XVIII. Bezirkes, meine Ansicht über diese unglückselige Kohlenbahnhofanlage auszusprechen. Schon bei der Debatte über die Bahnanlage haben wir die Befürchtung ausgesprochen, dass unsere schöne Gürtelstraße durch diese Bahn ruiniert werden wird. Heute ist — ich möchte sagen — der erste Grundstein zu dieser Anlage aufzuführen und man beginnt mit einem Bauwerke, welches geradezu unerhört in ästhetischer

Beziehung ist. Alles, was die Vororte mit großer Mühe aufrechterhalten haben, die Reinhaltung ihres Gürtelspiegels, wird vernichtet und auf ewige Zeiten zerstört.

Ich weiß ebenso gut wie der geehrte Herr Vorredner, dass es Eulen nach Athen tragen hieße, wenn ich den platonischen Wunsch aussprechen würde, von diesem Gedanken abzugehen. Aber constatiert muss es werden, und gestatten Sie mir wenigstens, meine Überzeugung auszusprechen, dass dieser Kohlenbahnhof dort, wo er jetzt geplant wird, absolut nicht nothwendig, absolut überflüssig ist, sowohl für die Industrie als auch für das Publicum. Ich werde mir erlauben, das nachzuweisen.

Was zunächst die Industrie anbelangt, so muss ich sagen, wir haben in diesen Gegenden gar keine oder nur sehr wenige Etablissements; man kann sie an den Fingern zählen. In Währing gibt es zwei: das Brauhaus und die Lederei; was das erstere betrifft, so bin ich in der Lage, ganz genaue Daten darüber anzugeben. Wir brauchen circa 300 Waggons Kohlen; ich kann Sie aber jetzt schon versichern, dass wir nicht ein Kilo Kohle von diesem Bahnhofe holen werden, und zwar aus folgenden Gründen: die Verhältnisse eines Geschäftes, wie das unsrige, bedingt die Erhaltung eines großen Wagenparkes, weil wir verpflichtet sind, in den Morgenstunden unseren Kunden das Bier in rascher Weise zuzuführen; wir haben also den Stall voll Pferde stehen; wir ersparen nichts, ob wir nun auf den Nordbahnhof fahren oder auf den Bahnhof in Michelbeuern. Dafür würden wir aber 6 bis 8 kr. per Centner Zufuhr zu zahlen haben, und das fällt uns im Traume nicht ein. Daher werden wir die 300 Waggons wie bisher vom Nordbahnhofe holen, und so wie wir, werden es die meisten Industriellen machen, so wird es auch Gerlach machen. Von einem Bahnhofe, der eine größere Bewegung anderen Frachten ermöglichen würde, der es beispielsweise ermöglicht, 200 bis 300 Wagen Gerste und Malz von dort zu beziehen, ist nicht die Rede, sondern nur von Kohlenrutschen, Kohlen-Magazinen und -Depots.

Weiter, was soll für den Detailverkehr für ein Vortheil daraus erreicht werden, wenn dort so kolossale Depots sind? Glauben Sie, dass speciell in den umliegenden Bezirken infolge des Bahnhofes Michelbeuern die Kohle auch nur um einen Kreuzer billiger sein wird als der allgemeine Concurrenzpreis, der sich in Wien durch den großen Handel herausstellt? Das ist ja eine kindische Ansicht (Sehr richtig!), die doch jeder Mensch, der kaufmännisch zu rechnen weiß, sofort widerlegen wird. Der Bahnhof ist also in ästhetischer Beziehung verwerflich, vom Standpunkt der Industrie und des kleinen Handels überflüssig, und daher auch vom Standpunkte der Bahn selbst ein Object, welches nur Kosten macht und keine Einnahmen bringen wird; denn nachdem kein Bedürfnis da ist, Kohle dort abzuholen, so wird auch keine Kohle dort verladen und verfrachtet werden. Es wird auch die Bahn vielleicht die gehofften Geschäfte nicht machen können.

Nun, ich weiß sehr gut, dass, wenn ich einen Antrag stelle, derselbe wahrscheinlich in der Minderheit bleiben muss (Rufe: O nein!), aber ich sehe mich verpflichtet, mindestens eine Einschränkung des kolossalen Kohlenbahnhofes zu beantragen, welcher von der Czermakgasse abwärts bis nach der Währingerlinie zieht. Lassen Sie in Gottesnamen die Depots dort anschließend an den Personenbahnhof an der Hernalserlinie stehen, aber ich sehe nicht ein, wozu dieser ungeheuere Bahnhof noch extra als Kohlendepot dort existieren soll, wo gar keine Kohle verladen wird. Wird sich das Bedürfnis herausstellen, was, wie ich positiv glaube, nicht geschehen wird, weil niemals eine Industrie in dieser Gegend sich entwickeln wird, da ja schon ein Plan berathen wird, nach welchem das ganze Viertel mit Villeggiaturen verbaut werden soll — wird sich also ein Bedürfnis herausstellen, dann kann immer eine Erweiterung erfolgen. Es ist nach meiner Ansicht gar nicht nothwendig, dass man jetzt schon eine in so großartigem Stile geplante Kohlenanlage dort herstellt. Von Seite der Vorortebewohner — ich glaube auch von den angrenzenden Vorstädten — waren hauptsächlich auf den Personenverkehr auf der Gürtelstraße Hoffnungen gesetzt. Von einem Personenverkehr wird gar nicht gesprochen, dem Personenverkehr wird gar nicht Genüge geleistet.

Wir haben eine Station bei der Hernalserlinie und die andere ist erst beinahe an der Nussdorferlinie. Hinter dieser Strecke, die über 1000 m beträgt, wohnen 200.000 Menschen. Die haben keine Station; die sollen auf den Kohlenbahnhof gehen und dort zusehen, wie die Waggons abgeladen werden; selbst werden sie nicht fahren können. (Rufe: Sehr richtig!) Wenn Sie — Sie haben aber ja darüber nicht zu entscheiden — wenn die Verkehrscommission schon einen Kohlenbahnhof in der Nähe anlegen wollte, so ist ja dazu die äußere Vorortelinie bestimmt; diese sollte ja der Schwerpunkt für den Frachtenverkehr werden. Dort in Gersthof, oder als zweite Station bei dem Hernalser Schlachthause, wäre eigentlich der Punkt, um einen großen Frachten- und Kohlenbahnhof aufzustellen, nicht aber im Herzen der Stadt, nicht dort, wo schöne, elegante Wohnhäuser sind, wo man die Leute nur belästigt und niemandem etwas Gutes damit schafft. Trachten Sie also wenigstens dieses Übel, welches schon einmal unvermeidlich ist, einzuschränken, trachten Sie, es wenigstens zu mildern und nehmen Sie meinen Antrag an dahin gehend, dass als weitere Zusatzbedingung zu den bereits vom Herrn Referenten gestellten Bedingungen folgende aufgestellt werde: „Der projectierte untere Theil der Station Michelbeuern, das ist das Kohlendepot von der Czermakgasse bis zur Alsbachstraße, ist vorläufig aufzulassen." Wenn Sie das beschließen, so haben wir wenigstens nicht die ganze Strecke von Hernals bis zur Währingerlinie von dem äußeren Verkehr mit Währing abgeschlossen; wenn Sie aber das annehmen, was hier projectiert ist, so ist der Zustand noch viel ärger als früher, wo wir noch den Linienwall hatten, das heißt, wir sind von der Stadt abgeschlossen. (Beifall.)

**Gem.-Rath v. Stummer:** Meine Herren! Ich muss sagen, ich bin außerordentlich erstaunt und kann mich nicht genug wundern, dass ein Geschäftsmann, wie mein Herr Vorredner, so über den Kohlenverkehr auf dieser Station sprechen kann.

Dem gegenüber, was der Herr Vorredner bezüglich des Personenverkehres gesagt hat, möchte ich constatieren, dass anschließend an den Frachtenbahnhof eine Personenhaltstelle projectiert ist; sie ist nur getrennt vom eigentlichen Frachtenbahnhofe. Damit erledigen sich die Befürchtungen, respective die Auslassungen des Herrn Vorredners, dass diese Station keine Personenstation sei. Sie ist hier nicht eingezeichnet, weil jetzt eben nur die Station „Michelbeuern" geplant ist. Meine Herren, man kommt immer auf den gleichen Ausspruch: Wenn man eine Bahn bauen will, muss man sie irgendwohin verlegen. Entweder muss man sie hoch oder tief führen; aber in der Luft kann man sie nicht führen, das geht einfach nicht. Wenn die Terrainverhältnisse so schwierig sind, wie

bei unserer Lastenstraße, so kommt es vor, dass man die Straße nicht genug hoch und nicht genug tief führen kann, und daher kommt es, dass man nicht alle Straßen durchführen kann. Bei diesem Punkte bemerke ich aber, dass, wenn die Station auch anders geplant wäre, man doch nicht die Straßen alle durchführen könnte. Erstens besteht heute noch das Irrenhaus, und es ist gar keine Aussicht vorhanden, dass es in nächster Zeit wegkommt. Das ist in der Commission des Langen und Breiten ventiliert worden. Wenn es aber auch wegkommt — die Zustimmungsrufe allein helfen da nicht —, so bitte ich, sich die dortige Situation zu vergegenwärtigen; wie will man alle Straßen hereinführen? Es ist ja ein wahrer Berg, es sind so schwierige Terrainverhältnisse, dass eine Straße mit einem derartigen Gefälle entstehen würde, dass man sie einfach nicht brauchen kann. Es hilft also nichts; wenn auch das Irrenhaus und die Station wegkommt, so könnte man die Straßen doch nicht gerade hereinführen.

Es ist vom zweiten Herrn Vorredner in lebhaftester Weise gegen die Verunstaltung unserer Gürtelstraße gesprochen worden. Die Gürtelstraße werde in zwei Theile getheilt, sie werde durch Futtermauern u. dgl. verschandelt. Ich glaube, dass das der Gemeinderath gerade gewünscht hat, dass die Trace in der Mitte der Gürtelstraße geht; das haben Sie ja immer gewollt. Wenn sie nun so führt, so hat man eine Gürtelstraße oben und unten, eine rechts und links. Und was will man anderes als Futtermauern machen? Die Bahn kann doch nicht in der Luft hängen, das ist einfach eine Unmöglichkeit. Wenn man die Station 3 m tief macht, was macht man dann mit der Böschung, soll man sie einfüßig oder anderthalbfüßig machen? Wenn jemand etwas Besseres weiß, lasse ich mich gerne belehren.

Es wurde gesagt, man macht die Sache billig und schlecht. Man kann freilich alles theurer machen, aber eine gewisse rationelle Grenze zwischen theuer und billig muss doch eingehalten werden. Schlecht wird es gewiss nicht gemacht, die Stationsanlage ist ganz gut, ganz günstig und ganz rationell geplant. Ich habe von allem Anfang dafür plaidiert, ich erkläre das ganz öffentlich und für diesen Ausspruch nehme ich immer und jederzeit die Verantwortung ganz auf mich. Die Hauptschwierigkeit ist der Kohlenbahnhof. Hier ist der Wunsch ausgesprochen worden, dass man das Aufnahmsgebäude herausrückt; wenn das besonders gewünscht wird, so ist ja nichts dagegen einzuwenden. Ich habe das instinctive, kräftige Gefühl, dass für unseren Verkehr, unser Geschäft, für Handel und Wandel im gesammten Stadtbahnnetze vielzuwenig geschieht. Wir wollen immer bequem, ohne Umsteigen, überall hinfahren, aber für den Verdienst geschieht zu wenig. Wir können nicht spazieren fahren, wenn wir nichts verdienen und der Verdienst ist doch offen und ehrlich gesagt die Hauptsache. Immer ist geplant und gesagt worden: Wir müssen die Kohle billig bekommen. Es handelt sich nicht nur um die Großindustrie, die sich vielleicht entwickelt und die besteht, sondern es handelt sich um den Bedarf an Kohle auch für die Parteien. Wenn gesagt wurde, eine Fabrik wird die Kohle nicht beziehen, gut, so wird sie mit Fuhrwerk fahren; auch recht. Aber es gibt Privatparteien, welche die Kohle gewiss billiger bekommen werden, wenn sie die Station in einer Entfernung von ein paar hundert Meter haben, als wenn sie wie heute zum Nordbahnhof fahren. Das wird doch kein Mensch bestreiten. (Widerspruch.) Ansichten kann jedermann haben; diese Ansicht habe ich, und ich glaube, dass sie die rationelle ist.

Alle Auslassungen bezüglich der Größe des Bahnhofes halte ich für gar nicht richtig. Der Bahnhof hat zwei durchgehende Geleise: das hat die ganze Linie, und zwei andere Geleise, Verschiebgeleise oder Kohlengeleise, wie Sie es nennen wollen. Ist das ein großer Bahnhof? Man kann sich dann gar nicht bewegen, wenn man das auch nicht macht. Wir wollen doch den Bahnhof irgendwie situieren, daß wir uns bewegen können. Es gibt keinen anderen Platz und wenn sie auch suchen, so finden Sie keinen besseren. Es ist mir geradezu unbegreiflich, dass man gegen dieses Project in einer so heftigen Weise vorgeht. Dass man gegen die Verkehrscommission loszieht, ist ganz natürlich. Alle Herren, die sich darin befinden, müssen sich bewusst sein, dass das immer so sein wird. Aber ich möchte eigentlich wissen, was man hier Besseres planen soll.

Der Stadtrath hat beantragt, die äußere Gürtelstraße auf 24 m zu erweitern. Ich muss ganz offen sagen, dass ich für diesen Antrag gar nicht stimme. Ich sehe das gar nicht ein. Wenn Sie das auch noch restringieren, dann bekommen Sie keinen leistungsfähigen Bahnhof. Wenn Sie aber einen leistungsfähigen Bahnhof haben wollen, so müssen wir doch irgendwo einen Punkt dafür haben, dann müssen wir die innere Straße verschmälern. Ich kann es nicht anders begreifen. Haben wir denn einen so kolossalen Verkehr auf den beiden Straßen, die so riesige Dimensionen haben, dass wir da mit 10° nicht genügend auskommen sollten? Die Opposition gegen diesen Bahnhof ist mir geradezu unverständlich. In der Verkehrscommission war eine Stimme darüber, dass der Bahnhof sehr entsprechend geplant ist, dass er sehr entsprechend für die Wohlfahrt der Gesammtbevölkerung im Umkreise dieses Bahnhofes ist.

Wenn man heute sagt, man brauche keine Kohle, so machen wir einfach eine Spazierbahn, aber keine Bahn, die uns nützt. Wie gesagt, es ist das etwas, das sich wie ein goldener Faden überall durchzieht, das auch bei den anderen Linien wieder vorkommen wird, dass man einmal sagt: Man will keine Kohlen haben, man will keinen Lärm, man will keine Tiefbahn, man will keine Hochbahn haben, man will nichts sehen, aber man will eine Bahn haben. Das ist aber unmöglich.

Wenn man sagt: man will keine Kohlen haben, so würde sich das kolossal rächen; wenn nicht heute, so muss man es später herstellen; dann sind aber die Kosten um 80 Percent höher, das weiß jeder Mensch, der Bauten durchgeführt hat. Gerade die Anlage dieses steinernen Viaductes kommt mir sehr günstig vor, weil er für die Kasten für Kohle wie geschaffen ist. Man kann die Viaductbögen auf beiden Seiten verschalen, oben die Kohlen hineinfallen lassen und unten aus einem Loche herausnehmen; die Kohle ist also gar nicht sichtbar. Das ist für die Abnehmer und die Geschäftsleute sehr bequem, die ein solches Loch mieten und dann verkaufen. Es braucht ja gar keine Großindustrie zu sein, die kleinen Leute wollen ja auch die Kohle billig bekommen. Es ist mir unverständlich, wenn man sagt: die Kohle wird nicht billiger werden. Ja, wann soll sie denn billiger werden? Wenn man sie einen ganzen Tag per Achse führt?

Ich bin über die Opposition ganz paff, die hier gegen diesen Bahnhof herrscht. Wenn auch das schlecht und nichts nutz ist, dann ist es am besten, man läßt das ganze Zeug fahren, dann werden wir nie etwas vorbringen, was den Herren recht ist. Wenn wir hier keine Kohle haben wollen, dann brauchen wir sie überhaupt nicht, dann fahren wir in hundert Jahren noch zum Nordbahnhofe

und zahlen um 2 kr. per Metercentner mehr. Das wollen wir eben nicht; der Kohlenbahnhof der Nordbahn wird sich in zwanzig Jahren in verschiedene kleine Kohlenbahnhöfe auflösen, und wir werden trachten, die Kohle billiger zu haben. Die ganze Calamität der Industrie in Wien gründet sich darauf, dass wir die Kohle so theuer bezahlen müssen. Wenn wir also nicht trachten, nach und nach mit dem Preise herunterzukommen, so werden wir nie eine Reduction erhalten, und das halte ich für das Wichtigste, denn ich muss offen gestehen, zuerst kommt das Geschäft, dann das Vergnügen, so bin ich auferzogen worden!

Zuerst muss man das Geschäft machen, dann darf man spazieren gehen, das ist meine Idee, die ich auch offen und ehrlich in der Commission verfechte, und ich stehe auch dafür ein, was ich dort sagte. Ich bitte Sie also, diese Bahnhofanlage vollinhaltlich zu genehmigen. Ich habe nichts dagegen, wenn Sie das Aufnahmsgebäude etwas hineinrücken, um das Eck abzustumpfen. Ich bitte Sie aber, die Gürtelstraße nicht zu erweitern, denn das wäre nicht rationell und nicht praktisch. Wenn Sie das beschließen, so sind sie gezwungen, um den Bahnhof richtig führen zu können, den inneren Gürtel wieder um einen entsprechenden Streifen zu verschmälern; was ist Ihnen also lieber? Gewiss ist es besser und rationeller, die beiden Straßen so zu lassen, wie sie geplant sind. Es wurde auch gesagt, die Sache sei häßlich. Nun, der geehrte Herr Referent hat bei einer Gelegenheit gesagt, der akademisch gebildete Architekt habe ein ausgesprochenes Gefühl für die Schönheit eines Grundrisses bei einem Hochbau. Nun, wir Bauleute haben auch ein solches Gefühl für die Schönheit einer Bahnhofanlage, und ich kann Sie versichern, ein Bahnhof ist nicht bald so entsprechend, und wenn ich so sagen darf, schön und nett projectiert, wie dieser. Ich schließe damit und bitte, das Project anzunehmen und die Anträge des Stadtrathes zu acceptieren, jedoch mit Ausnahme des Punktes 5, und die beiden Straßen so zu belassen, wie sie projectiert sind. Die Verbreiterung von 19 auf 24 m bitte ich nicht anzunehmen, denn wenn Sie das thun, ist man gezwungen, die innere Straße um dasselbe zu verschmälern.

**Gem.-Rath Silberer:** Meine Herren! Ich werde mir nicht erlauben, in einer solchen Fachfrage auf Details einzugehen. Sie wissen, dass bei solchen bedeutenden technischen Fachfragen die maßgebendsten Techniker sich diametral gegenüberstehen, und so ist es auch hier. Wir haben Techniker gehört, die sich sehr günstig ausgesprochen haben, und wieder einen ausgezeichneten Techniker, der direct als Verbrechen bezeichnete, was die anderen gesagt haben.

Was ich bemerken will, sind nur Dinge allgemeiner Natur. Heute ist wieder gesagt worden, das kann ganz gut so gemacht werden, es liegt nichts daran, wenn die Gürtelstraße auf eine so lange Strecke ganz unterbunden wird, denn eine Erweiterung ist dort ohnehin nicht möglich, weil dort das Irrenhaus steht, das nie wegkommen wird. Meine Herren! Das Wort „nie" soll nicht im Lexikon einer aufstrebenden Großstadt stehen; ich verweise Sie da nur auf eines; wenn jemand vor nur 40 Jahren, also im Jahre 1852, gesagt hätte, das alte Wasserglacis, der Stadtgraben, das Josefstädter Exercierfeld, wo alle großen Leichen und die Friedensmanöver stattfanden, die Linienwälle, das alles werde wegkommen, in 40 Jahren nicht mehr sein, es werden dann schon seit 20 Jahren Häuser dort stehen, so hätte man den Mann wahrscheinlich in eben dieses Irrenhaus eingesperrt, das noch dort steht (Heiterkeit), jedenfalls aber hätte man es ihm nicht geglaubt. Sehen Sie, das sind nur 40 Jahre, diese Bahn wird aber auf längere Zeit gebaut, und was da gemacht wird, wird jedenfalls auf Jahrhunderte nachwirken und im Wege stehen. Man darf also nicht sagen, das Irrenhaus wird ewig stehen, vielleicht wird das allgemeine Krankenhaus nicht ewig auf dem Flecke bleiben, wo es jetzt ist, dieses Argument besteht also für mich nicht, und die Anlage, wie sie hier geplant ist, bedeutet einen furchtbaren Schaden für unsere Gürtelstraße. Man richtet direct eine Scheidemauer auf, man gräbt nicht eine Grube, wie ein College gesagt hat, man thut mehr, man richtet eine Scheidemauer auf. Nehmen Sie irgend einen belebten Theil des Ringes oder der Mariahilferstraße und legen in einer Länge von 300 m in die Mitte eine solche Scheidemauer an und Sie werden sehen, was in fünf Jahren aus dem Verkehre geworden ist und werden sehen, was dann der äußere Gürtel wert sein wird. Also, wenn etwas vermieden werden kann, soll es vermieden werden. Ich gehe nicht weiter in die Sache ein, nur dem Herrn Collegen v. Stummer, den ich als Fachmann hochschätze, möchte ich sagen, er gibt sich einer utopistischen Meinung hin, wenn er glaubt, dass von der Errichtung des Lastenbahnhofes, gegen den ich im Principe nicht bin, die Kohlen um ein Drittel des Preises billiger werden. Wenn der Herr College v. Stummer bei den maßgebenden Factoren, bei Leuten, welche das Kohlengeschäft verstehen und mit den Verhältnissen vertraut sind, sich erkundigt, wird er erfahren, dass die Frage der letzten Localzustellung auf den Preis gar keinen Einfluss hat. Das ist schon von dem Herrn Collegen Rosenstingl bezüglich der Zustellung der Ware gesagt worden, das kostet nichts; die Zeit, welche der Wagen vertranschelt, wenn er warten muss beim Auf- und Abladen, das ist das, was am meisten den Preis vertheuert, nicht das Zustellen.

So ist es auch bei den Kohlen. Der Kohlenwagen fährt in die Stadt eine Anzahl Mal, ob es auch eine halbe Stunde weiter ist oder nicht, ist ziemlich gleichgiltig. Es wurde weiters hervorgehoben, dass diese Vorlage sobald als möglich durchgepeitscht werden müsse, weil die Noth vor der Thür steht und damit die hungernden Arbeitslosen Arbeit bekommen. Ich bin der letzte, der in dieser Richtung die armen Leute schädigen will, aber ich frage um eines. Ist das, was hier geschaffen werden soll, lediglich dazu da, um morgen schon Arbeit zu schaffen, gleichviel, was geschaffen wird? Es wäre da besser, Sie geben das Geld gleich den Armen, und lassen dort was aufgraben und dort wieder zumachen. Da wäre wenigstens nichts geschadet, aber hier würden Sie für ein Jahrhundert die Entwicklung der Stadt hemmen. Ich komme nun zum Schlusse, ich bin nicht competent genug, um mir heute ein Urtheil zu bilden. Ich beantrage aber, wie ich es in solchen Fällen immer thue und bitte, es auch bei diesem heutigen Falle anzunehmen, dass wir ein Comité von sieben Mitgliedern wählen und in dasselbe auch Techniker hineinwählen, welchem wir den Auftrag geben, binnen acht Tagen Bericht zu erstatten, damit wenigstens etwas in dieser Richtung geschieht.

Es haben selbst die Herren Stadträthe im letzten Momente die Sache bekommen, so dass heute kein rechter Überblick vorhanden ist. Ich bitte daher, diesen meinen Antrag anzunehmen.

**Bürgermeister:** Verehrte Herren! Sie können mir glauben, dass ich sehr gerne einem Antrage auf Berathung durch eine Commission zustimme, dann, wenn die Grundlagen für eine solche Berathung vorhanden sind, dass ich aber einem solchen Antrage mit aller Entschiedenheit entgegentrete, wenn ich der Ansicht bin, dass diese Berathung hier auch ohne das gewünschte Comité geschehen kann, und letzterer Fall ist hier vorhanden.

Es handelt sich lediglich um die Frage, ob bei Anlegung der Stadtbahn ein Kohlenbahnhof errichtet werden soll oder nicht. Das ist die Wesenheit der Frage und das sollte jeder von Ihnen einsehen, dass das eine Nothwendigkeit ist. (Beifall.) Es ist höchst bedauerlich, wenn darüber noch irgendwelche Zweifel aufkommen können, wo Sie ja wissen, dass unsere Straßen kaum ausreichen, um den Verkehr der Kohlenfuhrwerke vom Nordbahnhofe zu bestreiten. (Sehr richtig!) Wir denken doch bei Anlage der Stadtbahn nicht auf vier bis fünf Jahre voraus, sondern müssen an die Entwicklung der Stadt für Jahrzehnte denken und dahin streben, dass sie sich entwickle, und dass daselbst nach Möglichkeit auch Kohle beschafft werde, welche aber nicht dadurch vertheuert werden soll, dass sie unnützerweise von der Bahn abgeladen und von dort erst wieder in die Häuser geführt werde. Im Interesse der Bevölkerung ist es geschehen, dass die Errichtung einer Bahnhofsanlage dort geplant wird. Es kann nicht gesagt werden, wie ein Herr Vorredner gesagt hat, dass das Geld für diese Anlage hinausgeworfen werde. Bilden Sie sich auch nicht ein, dass alle Berathung eigentlich erst im Gemeinderathe beginnt. Diese Berathungen sind von den Technikern und Fachmännern längst geschehen. Das Project ist in der Commission nach allen Richtungen geprüft worden, und die geehrten Herren bekommen hier das vollständige Materiale, um entscheiden zu können, ob das, was hier geplant wird, dem Interesse der Stadt Wien nützlich sei oder nicht.

Wenn die geehrten Herren nur etwas zurückblicken auf die Debatten über die Verkehrsanlagen in Wien, die sich im Landtage abgespielt haben, so werden Sie finden, dass dort eine Resolution beschlossen worden ist, welche erklärt, dass die Anlagen von großen Kohlenlagerungsplätzen an geeigneten Stellen der Stadtbahn zur Erleichterung des Kohlenverkehres im Gemeindegebiete ermöglicht werden soll, und wissen Sie, dass im Landtag nicht ein Mann gegen diese Resolution gestimmt hat? Alle Parteien haben dafür gestimmt, nicht ein Abgeordneter ist dagegen gewesen, weil jeder eingesehen hat, dass das nothwendig ist. Jetzt kommt die Ausführung hieher, und nun wollen Sie das unmöglich machen und wollen erst ein Comité wählen; wenn das zusammentreten wird, wird es in acht Tagen nichts anderes vorlegen können, als dieses Project. So baut man keine Stadtbahn. (Zustimmung.) Wenn man nicht über die großen Fragen, welche im Interesse der Stadt gelöst werden sollen, einig ist, so hat man nicht einmal die Grundlagen für die Stadtbahn. Ich habe geglaubt, dass durch die langen Debatten über die verschiedenen Projecte, welche vorgelegt wurden, und nach der eingehenden Erwägung der Verkehrsanlagen wir alle über die Richtung, welche wir zu verfolgen haben, vollkommen einig sind, und dass es sich nun hier nur um die Ausführung handelt.

Bei der Ausführung, darüber dürfen Sie sich nicht täuschen, kann man nicht allen gerecht werden; dem einen ist vielleicht die Anlage nicht schön genug, dem andern nicht groß, dem andern nicht klein genug, und der vierte würde durchs Irrenhaus durchbrechen. Dies ist eine Sache, bei der nicht alle befriedigt werden können. Das große Interesse der sich entwickelnden Stadt muss vor Augen gehalten werden, und darf man nicht viel nach rechts oder links sehen, sondern man muss im Interesse des zu Schaffenden dem Projecte zustimmen.

An Ihnen liegt es, wenn die Arbeit verzögert wird, ich lehne jede Verantwortung ab; nur am Gemeinderathe liegt es. Wenn das vorliegende, gewiss reife Project nicht angenommen wird, so hindern Sie damit den Beginn der entscheidenden Arbeiten. Die Verkehrscommission ist mit den Vorarbeiten fertig und harrt nur auf Ihre Zustimmung.

Eine Verzögerung verträgt die Angelegenheit nicht. Am 30. November ist die Begehungs-Commission, Sie müssen bis dahin ein entscheidendes Votum abgeben. Stimmen Sie zu, so werden wir an die Arbeit gehen, stimmen Sie aber nicht zu, dann wird die Arbeit verzögert und die Verantwortung werden Sie tragen. (Beifall.)

**Vice-Bürgermeister Dr. Richter:** Die Debatte, welche von unserem sehr geehrten Freund Rosenstingl eingeleitet wurde, erinnert mich an einen Vorfall der jüngsten Zeit. Da hat eine Reihe von Bürgern, Geschäftsleute, durch 15 Jahre um geräuschloses Pflaster petitioniert, endlich ist es trotz riesigen Widerstandes gelungen, dieses Pflaster zur Genehmigung zu bringen. Es kommt der erste Pflasterer, reißt das Pflaster auf, und das geschah, wenn ich nicht irre, an einem Mittwoch, Donnerstag früh kam aber schon eine Deputation und sagte: wie lange sollen wir noch in unserem Gewerbe gestört werden? Dies muss schneller gemacht werden. So kommt mir auch diese Geschichte hier vor! Es ist in den letzten sechs bis acht Monaten davon gesprochen worden, dass diese Verheißungen bezüglich der Stadtbahn, die seinerzeit bei Berathung des Statutes gemacht wurden, nicht in Erfüllung gehen; endlich ist das Project hieher gekommen, wurde hier berathen und alles, was der erste Herr Redner heute gesagt hat, hätte er damals auch sagen können. (Gem.-Rath Rosenstingl: Das habe ich auch gethan!) Bitte, er wird mir vielleicht zugeben, dass er doch nicht alles so gesagt hat, und wenn Sie das Project ansehen, werden Sie Folgendes finden: Ich nehme an, dass der Gem.-Rath Rosenstingl überhaupt damit einverstanden ist, dass am Gürtel eine Stadtbahn geführt wird. Wenn er damit nicht einverstanden ist, dann ist es etwas anderes. Vielleicht gehört er auch zu jenen Leuten, welche die Stadtbahn nur auf dem Papier gerne haben, wenn aber die Bahn ausgeführt wird, soll sie womöglich in Gramat-Neusiedel gehen, weil sie in Wien genieren kann. Wenn er die Stadtbahn will, so möchte ich Folgendes bemerken: Wenn er das Project ansieht, wird er finden, dass diese Linie, welche etwas großsprecherisch Frachtenbahnhof genannt wurde, sich von den sonstigen Lienien der Stadtbahn dadurch unterscheidet, dass statt zwei, vier Geleise sind, das ist der ganze Unterschied.

Hätte man gesagt, dass statt zwei, vier Geleise errichtet werden sollen, auf denen verschiedene Eisenbahn-Manipulationen geschehen, so wäre wahrscheinlich diese ganze erbitterte Rede heute nicht gehalten worden.

Die Herren sehen auf dem Plane, dass dies richtig ist. Würde es sich lediglich darum handeln, zwei Geleise zu machen, so kann man auch diese nicht in der Luft führen, sie müssten auch dort gehen, und es würde auch ein Einschnitt gemacht werden müssen, nur würde die Sache etwas schmäler. Aber alle jene Nachtheile, welche der erste Herr Redner behauptet hat, blieben ganz dieselben; denn es ist gleichgiltig, ob Sie einen Einschnitt 10° oder 18° breit machen. Das ist für den Verkehr einerlei, darüber springen kann man bei 10° ebensowenig wie bei 18°. Nun ist aber Folgendes: Ich habe im ersten Momente, als Herr College Rosenstingl zu sprechen begonnen hat, mich zu erinnern versucht: Ja, von wem ist dieses Project, bei dem man sich bekreuzen muss, ausgegangen? Da habe ich in meiner Erinnerung Folgendes gefunden: Die Techniker in der Verkehrscommission waren gegen

das Project, sie haben gesagt, dort braucht kein solcher Bahnhof zu stehen, und die allgemeine Meinung in Wien hat verlangt, dort müsse ein Frachtenbahnhof hinkommen; man kann heute nur nicht eruieren, wer den Anstoß dazu gegeben hat. So ist die Sache. Der Frachtenbahnhof kostet Geld und die Techniker in der Verkehrscommission sind in dieser Richtung sehr genau nnd vermeiden jede unnöthige Ausgabe. Zuerst haben sich die Herren gewehrt — ich appelliere an das Gedächtnis des Herrn Collegen v. Stummer — erst dann haben sie nachgegeben und haben diese Anlage dort projectiert.

Nun hat der Herr College Rosenstingl gesagt, dass dieser Bahnhof dort den Verkehr unterbindet, dass für ewige Zeiten ein Verkehr mit der Stadt unmöglich ist.

Wenn die Herren die Karte ansehen, so bitte ich Sie, noch über das Irrenhaus ein Stück hinauszublicken. Sie werden Folgendes sehen. Ich behaupte, dass, wenn man mitten durch den Bahnhof eine Straße errichtet, jeder, der auf dieser Straße in die innere Stadt gelangen will, nur soweit auf derselben gehen kann, bis er in die Spitalgasse kommt. Durch das Spital kann er nicht gehen; er muss entweder links hinunter in die Währingerstraße hinein oder rechts hinauf durch die Alserstraße in die Stadt gehen. Nun frage ich Sie: was verschlägt es, wenn man auf dem Gürtel links hinuntergeht und die Währingerstraße erreicht oder rechts bis zur Alserstraße geht? Es gibt dort keine directe Verbindung in die Stadt herein. (Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Projectiert! Durch die Garnisonsgasse!) Ja wohl, projectiert; aber ich bitte, vorläufig stehen wir auf dem Standpunkte, dass dort das allgemeine Krankenhaus existiert, und dass dieses unmöglich macht, eine Straße durchzuführen, die noch aus anderen Gründen nicht möglich ist. Jeder, der die Verhältnisse kennt, wird mir das bestätigen. Nun möchte ich auf Folgendes verweisen. In dem Fogerty'schen Projecte war diese Station, in dem Projecte des Stadtbauamtes ist auch diese Station, und der jetzigen Verkehrscommission wurde diese Station durch die Bevölkerung und die allgemeine Meinung aufgenöthigt. Damals bei der Berathung hat aber kein Mensch gesagt, dass nur ja nicht der Fogerty'sche Bahnhof dort hinkommt, auch der Herr Gem.-Rath Rosenstingl hat es nicht gesagt, der ja das Fogerty'sche Project sehr genau kennt. (Gem.-Rath Rosenstingl: O ja!) Von den landschaftlichen Reizen des Linienwalles will ich gar nicht reden; eine Alm wird man sich im Linienwall ohnedies nie anlegen können.

Jedenfalls ist es für mich überraschend gewesen, heute von den landschaftlichen Reizen des Linienwalles reden zu hören. Alles, was geschehen kann, ist gewiss schöner und besser wie der Linienwall, und ein solches Argument sollte in einer so ernsten Sache gar nicht angeführt werden. Nun, der Herr College hat auch — ich glaube, es ist ihm das im Eifer der Rede nur herausgerutscht — behauptet, die Josefstadt und die Alservorstadt werden abgesperrt; ich berufe mich auf das Stenogramm. Ich bitte, mir zu sagen, wie es möglich ist, in Michelbeuern die Josefstadt abzusperren; das ist für mich unverständlich. Nun hat ein zweiter Herr Redner, welcher vom Bezirke Währing gewählt ist, erklärt, der Vortheil, der dort der Bevölkerung gebracht werden soll, ist nicht zu begreifen, denn es wird dort die Kohle um so viel mehr kosten als am Nordbahnhof, und da wird man selbstverständlich mittelst Pferden sich die Kohlen holen, weil der Frachtenlohn für jemanden, der Pferde hat, billiger kommt wie der Eisenbahntarif. Das ist aber nicht richtig. Der Kohlenbahnhof der Nordbahn wird zertheilt werden, d. h. es wird auf jedem Kohlenbahnhofe die Kohle dasselbe kosten, und ich frage den Herrn Collegen, ob er wirklich, wenn er auf dem Bahnhof Michelbeuern die Kohle zu demselben Preise wie auf dem Nordbahnhofe bekommt, auch noch auf den Nordbahnhof schicken wird. Es ist begreiflich, dass das Gesagte richtig ist, weil die Station „Wien" ist und überall derselbe Tarif sein wird, wie auf dem Bahnhofe der Nordbahn. Am 30. d. M. ist die Commission; wenn bis dahin der Gemeinderath nicht die Entscheidung fällt, so ist gewiss der Beginn des Baues auf Wochen verschoben.

Nun möchte ich Sie fragen, glauben Sie, dass es heute, nachdem der Gemeinderath beschlossen hat, sich an der Verkehrsanlagen-Commission zu betheiligen, nachdem er erklärt hat und dies in ein Gesetz aufgenommen wurde, dass er zu diesen Auslagen beizutragen bereit und verpflichtet ist, dass es heute an der Zeit ist, zu sagen: Wir haben nur zu zahlen und zu schweigen? Dann hätten Sie sagen sollen, ein solches Gesetz brauchen wir nicht, weil wir uns die Stadtbahn selbst bauen werden; wir brauchen den Staat nicht, denn man kann die Sache selbst machen. Wenn man aber zugestimmt hat, dass eine solche Commission creiert werde, dass wir zu diesem Werke mit unseren Mitteln beisteuern wollen und dass diese Commission die ausführende Körperschaft ist, dann steht es uns übel an, bei jedem einzelnen Detailprojecte darüber zu lamentieren, dass wir nichts dreinzureden haben. Ich für meine Person glaube, würde die Erbauung der Stadtbahn von uns abhängen, nach diesen Proben würden wir im November den Beschluss fassen, die Stadtbahn zu bauen, und denselben im December regelmäßig aufheben, und wir würden nie dazu kommen, eine Stadtbahn zu haben, wie auch der Fall Fogerty zeigt, dass es thatsächlich so gekommen ist. Darum, meine Herren, jetzt einen Widerstand zu leisten, jetzt etwas zu verhindern, was nicht verhindert werden kann, würde auf uns nur den Vorwurf laden, dass wir in muthwilliger Weise den Beginn dieser Arbeit verzögert haben, denn niemand wird begreifen, dass diese Einwendungen heute gemacht werden; dass sie begründet sind, bezweifelt der größere Theil der Versammlung ohnehin. Ich möchte daher bitten, stimmen Sie den Anträgen des Herrn Referenten zu und laden Sie nicht das Odium auf uns, dass wir den ersten Spatenstich, der an den großen Arbeiten gemacht werden soll, aus nichtigen Gründen verzögern wollen. (Lebhafter Beifall.)

**Gem.-Rath Frauenberger:** Meine Herren! Nach den klaren Ausführungen, welche in dieser Frage bereits gehalten wurden, und bei dem Umstande, dass noch sieben Redner vorgemerkt sind, beantrage ich Schluss der Debatte.

**Vice-Bürgermeister Dr. Grübl:** Ich bitte diejenigen Herren, welche mit dem Schluss der Debatte einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag auf Schluss der Debatte ist angenommen.

**Gem.-Rath Silberer:** Nach den Erklärungen des Herrn Vice-Bürgermeisters, die decidiert genug dahin lauteten, dass die Debatte an dieser Sache gar nichts ändern kann, beantrage ich die Wahl von Generalrednern und ziehe meinen Antrag auf Wahl einer Commission zurück, weil das sonst Zeitverschwendung wäre. (Beifall.)

**Vice-Bürgermeister Dr. Grübl:** Es ist die Wahl von Generalrednern beantragt. Ich ersuche diejenigen Herren, die dem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Zum Worte gemeldet sind die Herren Gem.-Räthe Josef Müller (contra), Dr. Klotzberg (contra), Ritt. v. Neumann (contra), Röhrl (pro), Djörup (pro), Rosenstingl (contra), Karl Müller (pro). Ich ersuche die Herren, die Wahl von Generalrednern vorzunehmen. (Nach einer Pause:) Zu Generalrednern sind gewählt contra Gem.-Rath Josef Müller, pro Gem.-Rath Djörup.

**Gem.-Rath Josef Müller:** Es ist nicht das erstemal, dass dieses Project vor den Gemeinderath kommt. Es ist heute das zweitemal. Der Gemeinderath hat sich in gewiss sehr eingehender Weise mit demselben beschäftigt. Dasselbe ist durch vierzehn Tage oder drei Wochen zur allgemeinen Besichtigung aufgestellt gewesen. Das Resultat dieser Besichtigung war, dass gegen die damals projectierte Station gar keine Einwendung erhoben wurde. Die damalige Station weist aber ein ganz anderes Bild auf als die heutige. (Hört!) Die geehrten Herren, welche die Sache genauer verstehen, werden sich zu erinnern wissen, wie die Station ausgesehen hat. Sie war bedeutend kleiner geplant als diese.

Von einem großen Kohlenbahnhofe war nicht die Rede, und ich weiß mich auch nicht zu erinnern, dass Collega Stummer seinerzeit den Antrag eingebracht hätte, dass dort eine große Kohlenstation sein muss. Ich glaube nicht, dass es der Fall war. Die ganze Bevölkerung, die sich dafür interessiert, hat diese Bahn gesehen, der Gemeinderath hat darüber berathen und gefunden, dass es nicht nothwendig ist, eine derartige Station auszugestalten, wie wir sie heute vor uns sehen. Das beweist, dass damals das Bedürfnis nicht so eminent war; wenn ein Bedürfnis so eminent ist, muss doch jeder sofort auf den Gedanken kommen: das ist das erste Bedürfnis, das müssen wir ja in den Vordergrund stellen. Ich kann nicht annehmen, dass alle darauf vergessen hätten. Es ist ein Beschluss des Landtages citiert worden, wo es heißt, dass es ein Wunsch der Bevölkerung ist, auf der Stadtbahn Bahnhöfe anzulegen, die auch den Transport von Kohle besorgen. Dem stimme ich vollkommen zu. Aber ich bin überzeugt, dass diese Kohlenbahnhöfe und Kohlendepots nicht auf die Gürtellinie, sondern auf die sogenannte Vorortelinie gehören. Die Vorortelinie ist von diesem Bahnhofe nicht weiter entfernt als ca. 1½ km, und ich habe schon an einer anderen Stelle gesagt, dass man in 15 Minuten 1 km ruhig spazierengehen kann. Diese Entfernung beträgt also höchstens 20 Minuten, die Fahrzeit ist die Hälfte, also 10 Minuten Unterschied, und wenn man Kohle verladet, so ist es ganz alleseins, ob man um 10 Minuten länger oder kürzer fährt, das macht für die Fracht gewiss keinen Unterschied.

Dieser Bahnhof soll also an der Vorortelinie gebaut werden, wo auch der Gemeinderath beschlossen hat, einen Frachtenbahnhof zu errichten, und welche Linie geradezu hiefür prädestiniert ist. Der Frachtenbahnhof in Gersthof, den der Gemeinderath damals beschlossen hat, ist auch als Kohlenbahnhof bestimmt und nur um ca. 8 Minuten weiter von der Stelle, wohin jetzt der Bahnhof kommen soll. Diese 8 Minuten machen also gewiss für den Kohlentransport keinen Unterschied.

Nun möchte ich aber auch Folgendes sagen: Wo die Vorortelinie gehen soll, stehen heute noch gar keine Häuser, sondern ist grüner Anger. Dort kann sich also ein Bahnhof entwickeln je nach Bedarf und es können auch noch für die Zukunft Gründe reserviert werden, was hier nicht möglich ist.

Wie ich schon an einem anderen Orte sagte, bin ich gegen das vorliegende Project, weil an dieser Stelle das Bedürfnis nicht vorhanden ist, einen Kohlenbahnhof zu errichten, und zwar umsoweniger, als auch gleichzeitig ein anderer Bahnhof in der Vorortelinie errichtet wird. Nun könnte man sagen, man will den Bahnhof dort hinstellen, weil die anderen Bahnhöfe vielleicht erst später gebaut werden; aber die Herren wissen ja, diese zwei Bahnen fallen in eine Bauperiode und werden beide von 1895 bis 1897 fertig. Beide Bahnen werden also gleichzeitig eröffnet, und ich kann mir nicht denken, warum zwei Kohlenbahnhöfe nebeneinander bestehen sollen.

Es ist nun nicht zu leugnen, dass die Gürtelstraße anfangs gewiss nicht dazu bestimmt war, ganz einem Unternehmen gewidmet zu werden, welches dem Verkehre dient. Man war wohl überzeugt, dass dort ein Bahnhof hinkommen wird, und dass der Gürtel dazu da ist, einen Theil seines Areals für eine Bahn herzugeben. Wenn jemand fragt: Ja, haben die Herren nicht gewusst, dass dort die Bahn gehen wird, oder glauben Sie dann, dass sie in der Luft gehen wird? Wie stellen Sie sich das vor! — so ist das nicht berechtigt. Wir alle haben gewusst, dass die Bahn dort gehen, und dass sie nicht unterirdisch, sondern oberirdisch gehen wird, und niemand hat auch, soviel ich mich erinnere, nur ein einziges Wort dagegen gesprochen. Bezüglich der Verzögerung sage ich, wir verzögern die Sache nicht, sondern wir wollen nur diese Station so ausgestalten, wie es das Bedürfnis erfordert; wir wollen ja diese Station, aber sie soll so gemacht werden, dass sie dem Verkehre entspricht. Wir wollen da etwas restringieren, und eine Restriction ist noch keine Verzögerung. Wir sagen, dies und jenes muss geändert werden und zwar im Rahmen der Bauführung, und dass darin eine Verzögerung liegt, wie der geehrte Herr Bürgermeister gesagt hat, dass wir die Verantwortung für jedes Wort haben sollen, das wir darüber reden, dass die Sache so dargestellt wird, als ob wir sie verzögern würden, das möchte ich doch nicht auf mir sitzen lassen.

Ich komme nun auf das Profil der jetzigen Gürtelstraße, wie die Bahn dort geplant ist. Sie sehen, dass der ganze Gürtelspiegel für die Bahn beansprucht wird, so dass der äußere Gürtel nur in einer Breite von 8° für den Verkehr erübrigt, während die andere Straße 12° hat. Ich habe mit Vergnügen an dem Projecte das zu bemerken, dass die innere Gürtelstraße, welche beim ersten Project nicht durchgeführt war, nunmehr zur Durchführung gelangt und damit einem Antrage des Gemeinderathes Rechnung getragen worden ist.

Nun schauen Sie sich die zehnklafterige Gürtelstraße an! Auf der einen Seite haben Sie die Häuser, auf der anderen Seite werden Sie mit einer Mauer die Bahn abschließen. Was geschieht aber in dieser Gürtelstraße? Da haben Sie zweiklafterige Trottoirs, das ist, glaube ich, 3·7 m, dann haben Sie eine Fahrbahn, ich bitte, eine Fahrbahn bloß mit 8 m, bitte das festzuhalten mit 8 m! Man hat hier gesagt: Ihr habt zehnklafterige Straßen, die genügen; wir haben aber Trottoirs und 8 m Fahrbahn, dann neben diesen 8 m Fahrbahn zwei Geleise der Tramway, und zwar derart, dass sie nicht nebeneinander laufen, sondern dass zwischen den Geleisen nicht das normale Profil eingehalten, sondern dass sie viel weiter auseinandergehen. Also die jetzige Gürtelstraße hat nur eine Breite von 8 m. In der bewegt sich mühselig, langsam und traurig der jetzige große Verkehr und durch diese Mauer, wie sie geplant ist — nicht wie sie der Stadtrath vorschlägt, würde dieser Zustand für alle und ewige Zeiten bleiben.

Herr College Stummer sagt, dass das so in Ordnung ist, sie soll nicht erweitert werden. Nun aber kommt folgender Umstand. Bei der Errichtung der Tramway ist seitens der Statthalterei ein Auftrag an die Tramway gegangen, dahin lautend, dass die Tramway verpflichtet ist, vier Jahre nach ihrem Beginne die Geleise aus dieser zehnklafterigen Gürtelstraße auf ihre Kosten herauszunehmen und dieselben in den Gürtelspiegel hineinzulegen. Das ist durch wiederholte Debatten seitens der Gemeinde Währing wiederholt urgiert, aber nie gemacht worden. Man hat gesagt: Bis die Linienwälle fallen, bis die einheitliche Durchführung der Gürtelstraße hergestellt sein wird, werden wir es machen. Jetzt ist der Moment da, wo alles das geschehen kann. Bei der Anlage, wie sie hier geplant ist, ist das unmöglich. Die Tramway kann nicht heraus, kann nicht ihren Verpflichtungen nachkommen, ich glaube, sie wird sich auch nicht darüber ärgern, aber wir behalten die Fahrbahn von 8 m.

Auf diesem Standpunkte ist der Stadtrath gestanden, und war es mein Antrag, welchen ich eingebracht habe, dass man infolge des ungeheuer geringen Raumes für den Fahrpark das verlangen soll. Man solle darauf bestehen, dass die Gürtelstraße zehnklafterig, wie ursprünglich projectiert war, für den Verkehr dienen solle und die Tramway, ihren Verpflichtungen nachkommend, in den Gürtelspiegel gelange. Dieser Antrag ist vom Stadtrathe gewürdigt und angenommen worden. Also in dieser Beziehung ersuche ich, den Anträgen beizustimmen.

Bei der Ecke des Bahnhofes gegen die Kreutzgasse sehen Sie ein Aufnahmsgebäude situiert und ist diese Ecke voll und ganz ausgenützt mit Zugrundelegung der zehnklafterigen Straße. Auch dem hat sich der Stadtrath angeschlossen, dass eine Planung doch nicht recht in dem öffentlichen Interesse gelegen ist. Von den Schönheits- und ideellen Rücksichten, von welchen gesprochen worden ist, will ich nichts erwähnen. Aber der Stadtrath hat sich doch nicht verschließen können, Ihnen den Antrag dahin zu stellen, dieses Gebäude mehr gegen das Innere des Bahnhofes zu verlegen. Nun komme ich noch auf den Antrag des Herrn Collegen Wünsch. Herr College Wünsch hat die Absicht, den Theil des Bahnhofes von der Czermakgasse bis zur Alsbachstraße, welcher die ganzen 18° des Gürtelspiegels in Anspruch nimmt, zu beseitigen. Es sind da riesige Bögen geplant aus Stein, welche zugeschlossen werden sollen. Nachdem es hoch gelegen ist, sollen die Kohlen heruntergeschüttet werden, damit die Leute auf der Straße ihren Bedarf decken können.

Aus den hier gemachten Ausführungen, die auch Herr Collega Wünsch vorgebracht hat, und aus meinen Andeutungen haben Sie ersehen, dass der Bahnhof nach Gersthof gehört und dass wohl das Auslangen gefunden wird mit dem Kohlenbahnhofe wie er geplant ist, exclusive dieses Stückes von der Czermakgasse bis zur Alsbachstraße. Ich kann Ihnen nur den Antrag, der bezweckt, dass dieses Stück weggelassen wird, anempfehlen. Es wird nicht das Bedürfnis eintreten nach einer so riesigen Kohlenmenge, dass außer dem auf dem Planum gelegenen Kohlendepot noch ein Kohlendepot benöthigt wird, welches in den Viaducten eingesperrt ist; diese Viaducte würden so ausschauen, wie die Viaducte in der Viaductgasse, nur würden sie dreimal so breit sein. Die Herren können sich vorstellen, was für ein Bild das sein wird.

Ich habe diese meine Bedenken an einem anderen Orte auch zum Ausdrucke gebracht. Leider wurden sie dort nicht in dem entsprechenden Maße berücksichtigt. Ich kann Ihnen daher nur den Antrag des Herrn Referenten und den Antrag des Herrn Collegen Wünsch aufs beste anempfehlen; und ich bin überzeugt, dass diese Station, wenn sie so ausgeführt wird mit der Restriction, wie sie beantragt wird, auch für die weitere Zeit vollkommen genügen wird. Sollte sich eventuell nach vielen Jahren eine Erweiterung als nothwendig herausstellen, so kann man den Gürtel, der ja unverbaut bleibt, noch eventuell dazunehmen; das werden aber wir, unser Kinder und Kindeskinder nicht erleben. Also der Antrag geht dahin, dass das Nothwendige mit den möglichen Restrictionen angenommen werde und ich erkläre, dass das absolut keine Verzögerung involviert.

Ich ersuche, den Antrag des Herrn Referenten und jenen des Collegen Wünsch anzunehmen. (Bravo! Bravo!)

**Gem.-Rath Djörup:** Es freut mich unendlich, einmal für eine Sache sprechen zu können, denn seit einem Decennium wird die Stadtbahn in Gewerbe-Vereinen, Ingenieur-Vereinen und allen möglichen Vereinen und Corporationen besprochen; seit einem Decennium geht der Wunsch durch die Bevölkerung, dass die Stadtbahn möglichst nahe an den alten Bezirken gehen solle, damit es der Bevölkerung möglich wird, dadurch für die Approvisionierung Wiens besser Sorge tragen zu können, und damit in der Nacht Milch, Grünzeug, Brot, Kohle und alles mögliche der Bevölkerung möglichst leicht zugeführt werde. Jetzt hören wir, dass man sich gegen die Anlage einer Station an dieser Stelle ausspricht; ich glaube, Sie stoßen sich vielzuviel an dem kleinen Worte, welches auf dem Plane steht, nämlich: „Kohlenstation". Hätten Sie was immer für ein Wort hingeschrieben, z. B. Approvisionierungsstation, so wäre es keinem von den Herren eingefallen, dagegen eine Bemerkung zu machen.

Dass die Künstler und Architekten sich dagegen aussprechen und gerne etwas anderes gesehen hätten, finde ich ganz begreiflich; denn diese stimmen immer dafür, dass alles ästhetisch ausgeführt werden soll, ihnen wäre es am liebsten, Wien von allen Ecken und Kanten zu befreien.

Aber für Handel und Industrie muss auch Sorge getragen werden, wie Herr Gem.-Rath v. Stummer früher gesagt hat. Wir müssen erst trachten, etwas zu verdienen, dann werden wir auch Geld für das Vergnügen haben.

Ich glaube, dass mit der Anlage der Station allen Wünschen, die bisher ausgesprochen wurden, gerecht wird, indem an dieser Stelle zwischen dem IX. Bezirk und Währing eine solche Approvisionierungsstation errichtet wird, und ich kann daher diesmal mit größter Freude dem Antrage des Herrn St.-R. Wurm zustimmen und bitten, im allgemeinen Interesse möglichst bald mit der Arbeit zu beginnen und den Wünschen der Bevölkerung gerecht zu werden, indem Sie keine künstlichen Hindernisse in den Weg legen. Mit dieser Bitte schließe ich und ersuche, den Antrag des Stadtrathes anzunehmen. (Bravo!)

**Referent** (Schlusswort): Der erste Herr Redner hat behauptet, dass in diesem Projecte die Wünsche des Gemeinderathes nicht berücksichtigt seien. Nun, ich mache nur darauf aufmerksam, dass das, was der Gemeinderath seinerzeit verlangt hat, hier erfüllt ist. Der Gemeinderath hat verlangt, dass die Bahn auf der Gürtelstraße in der Axe derselben und bei Krümmungen innerhalb des Spiegels zu legen ist.

Die Bahnlinie ist in diesem Sinne verlegt. Sie liegt in dem geraden Theile in der Axe, bei den Krümmungen im Spiegel. Zweitens hat der Gemeinderath verlangt, dass noch auf die Ver-

bindung des äußeren mit dem inneren Gürtel Rücksicht zu nehmen sei. Diese ist in der Verlängerung der Czermakgasse auf die zweckmäßigste Weise hergestellt. Drittens hat der Gemeinderath verlangt, dass die innere Gürtelstraße hergestellt werde. Diese wird hergestellt, es werden die Grenzmauern längs des Irrenhausgartens und längs der Bahn aufgeführt, — es ist also alles, was der Gemeinderath verlangt hat, erfüllt worden.

Weiters muss ich bemerken, dass die ganze Bahnhofanlage, wie sie hier geplant ist, als Frachtenstation allerdings manchem unangenehm sein kann, weil es gewiss angenehmer wäre, vor seinem Hause einen Park oder Garten zu haben, als eine Frachtenstation. Wenn aber auf der ganzen Gürtelbahn keine Frachtenstation gebaut werden soll, so würde sich die Bevölkerung gewiss dagegen auflehnen, und niemand von uns kann die Verantwortung übernehmen, zu sagen: dort darf keine Frachtenstation gebaut werden. Allerdings, auf der Vorortelinie müssen große Kohlenabladeplätze errichtet werden, aber selbst auf der Gürtellinie ist es nothwendig, für einen Frachtenbahnhof vorzusorgen.

Außer diesem Punkte gibt es keinen zweiten Punkt, der geeigneter wäre. Erstens ist die nothwendige Verbreiterung vorhanden, und zweitens ist die Straße nur auf der einen Seite verbaut. Es wäre gewiss sehr unzweckmäßig, einen solchen Bahnhof in der normalen Gürtelstraße anzulegen, wo Häuser stehen und wo keine Verbreiterung ist.

Ein zweiter Punkt für einen Bahnhof wäre noch gegeben auf der Kreuzung der Wienthallinie, wo man in einen Häuserblock hineinfahren kann und die Gürtelstraße nicht in Anspruch nimmt.

Außer diesen beiden Punkten ist auf der ganzen Gürtelstraßenlinie kein geeigneter Punkt für die Anlage eines Frachtenbahnhofes. Dass der Personenbahnhof unmittelbar anschließend an diesen Bahnhof geplant ist, können Sie aus den Plänen entnehmen, und dieser Personenbahnhof liegt an der Alsbachstraße, also an einer Verkehrsstraße ersten Ranges. Würde dieser Bahnhof an einem anderen Punkte liegen, so würde er gewiss nicht so zweckmäßig situiert sein, weil er nicht von außen und von innen so bequem zugänglich wäre wie dort.

Ferner wurde behauptet, dass auf eine Verbindung der äußeren und inneren Bezirke noch mehr Rücksicht zu nehmen sei. Darauf will ich nur bemerken, dass es sich nicht um die Absperrung der Josefstadt und Alservorstadt handelt; es handelt sich nur darum, dass in jener Strecke, wo sich gegenwärtig der Irrenhausgarten befindet, keine Straßen durchgezogen werden können. Diese Straßen können dort unter gar keiner Bedingung durchgezogen werden, weil die Niveauunterschiede solche sind, dass sie es nicht gestatten. Zwischen den Straßen, welche dort durchgeführt sind, zwischen der Czermak- und der Goldschmiedgasse sind die Nullpunkte, und durch die Nullpunkte kann man unmöglich gehen. Es ist auch kein Bedürfnis vorhanden, aus den äußeren Bezirken in den Irrenhausgarten zu gelangen. Wenn einmal das Irrenhaus cassiert werden soll, so wird gewiss keine Straße durchgelegt werden; es genügt, wenn die Czermak- und die Goldschmiedgasse eine Verbindung nach innen haben. Es wäre gewiss zu wünschen, wenn man eine Bahn ohne jede Belästigung bauen könnte; man muss aber eine solche wenn man eine Bahn baut, mit in den Kauf nehmen und die Anlage nicht so ausführen lassen, dass sie nicht mehr genügt. Der Staat hat das Äußerste gethan, was in dieser Sache zu machen wäre, nämlich beantragt, dass die Breite der Bahnhofanlage beschränkt wäre. Ich bin überzeugt, dass das durchführbar ist; aber für eine Beschränkung in der Länge möchte ich keine Verantwortung übernehmen.

Wenn man das Kohlenmagazin wegläßt, so ist damit nichts erreicht, als dass die Bahnhofanlage gekürzt ist; aber der eigentliche Bahnhof wird dadurch nicht schöner und nicht häßlicher; es wird dadurch nur die Manipulation ungünstiger, weil die Stirngeleise, wie bemerkt, eine gewisse Länge haben müssen. Ich bitte Sie daher, die Anträge des Stadtrathes anzunehmen.

**Vice-Bürgermeister Dr. Grübl:** Wir schreiten zur Abstimmung. Herr Gem.-Rath Silberer hat seinen Antrag auf Einsetzung einer Commission von sieben Mitgliedern zurückgezogen.

Gegen die ersten drei Referenten-Anträge ist eine Einwendung nicht erhoben worden, ich erkläre dieselben für angenommen.

Bei Antrag 4 sind mehrere Gegen-Anträge gestellt worden. Der Antrag 4 lautet (liest):

„Mit Rücksicht auf die Geleise der Neuen Wiener Tramway-Gesellschaft, welche vertragsmäßig in den Spiegel der Gürtelstraße zu verlegen sind, wäre zwischen der Bahnhofanlage und den Häuserfronten der äußeren Gürtelstraße eine lichte Breite von 24 m einzuhalten."

Ich bringe diesen Antrag zur Abstimmung mit Auslassung der Worte „wäre" und „24 m".

Gem.-Rath Rosenstingl beantragt, statt des Wortes „wäre", das Wort „ist" zu setzen, und Gem.-Rath v. Stummer beantragt, statt „24 m" zu setzen „18·9 m".

Die Herren, welche mit dem Antrag 4, mit Auslassung dieser beiden Bezeichnungen, einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Ich bitte nunmehr jene Herren, welche damit einverstanden sind, dass das Wort „ist" statt „wäre" gesetzt werde, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Ich ersuche nunmehr diejenigen Herren, welche nach dem Antrage des Referenten eine lichte Breite von 24 m gesetzt wissen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen. Damit entfällt die Abstimmung über den Antrag Stummer.

Beim Antrage 5 beantragt Gem.-Rath Rosenstingl, statt des Wortes „wäre" das Wort „ist" zu setzen.

Die Herren, welche mit diesem Antrage und mit Punkt 5 einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Punkt 5 ist in dieser Fassung angenommen.

Jetzt kommt der Zusatz des Gem.-Rathes Wünsch zur Abstimmung; er lautet: „Der projectierte untere Theil der Station Michelbeuern, das ist das Kohlendepot von der Czermakgasse bis zur Alsbachstraße, ist vorläufig nicht auszuführen."

Die Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Nach einer Pause:) Der Antrag ist abgelehnt.

Nun gelangt zur Abstimmung der Referenten-Antrag sub B.

Die Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen und damit der Gegenstand erledigt.

**Es wurde daher beschlossen:**

A) Der Gemeinderath wolle der Ausführung des vorliegenden Detailprojectes unter folgenden Bedingungen zustimmen:

1. Die Abgrenzung des Gartens der n.-ö. Landes-Irrenanstalt gegen die innere Gürtelstraße zu, beziehungsweise die Aufführung einer Mauer dortselbst, hat nach der diesfalls von der Gemeinde Wien zu genehmigenden Baulinie zu erfolgen, wobei die Freihaltung eines Grundstreifens für die Durchführung einer 22·75 m breiten, inneren Gürtelstraße zwischen der Begrenzung des Bahnhofes und des Gartens der Irrenanstalt (neue Baulinie) als Grundlage zu dienen hat;

2. die Einfahrt in den Bahnhof gegenüber der Annagasse ist in der Axe dieser Gasse zu situieren;

3. die Detailzeichnungen über die Ausgestaltung der Objecte (Amtsgebäude, Viaducte, Überbrückungen, Mauern 2c.) sind noch vor der Inangriffnahme des Baues derselben der Gemeinde Wien vorzulegen und behält sich dieselbe ihre Zustimmung zu diesen Ausführungen vor;

4. mit Rücksicht auf die Geleise der Neuen Wiener Tramway Gesellschaft, welche vertragsmäßig in den Spiegel der Gürtelstraße zu verlegen sind, ist zwischen der Bahnhofanlage und den Häuserfronten der äußeren Gürtelstraße eine lichte Breite von 24 m einzuhalten.

5. Das Dienstgebäude, welches an der Ecke der Bahnhofanlage situiert ist, ist von hier zu entfernen und gegen das Innere des Bahnhofes zu verlegen und wäre eine größere Abkappung vorzusehen.

B) Der Gemeinderath wolle die unentgeltliche Abtretung der für die projectierte Stationsanlage erforderlichen städtischen Gründe, Catastral Parcelle Nr. $\frac{423}{3}$, $\frac{427}{2}$ und $\frac{436}{1}$, Gemeinde Währing, genehmigen.

**Vice-Bürgermeister Dr. Grübl:** Die öffentliche Sitzung ist geschlossen. Es folgt eine vertrauliche Sitzung.

(Schluss der öffentlichen Sitzung 7 Uhr abends.)

---

## Beschluss-Protokoll

der **vertraulichen** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom 25. November 1892.

Vorsitz: **2. Vice-Bürgermeister Dr. Grübl:**

Die Berathung über die Herstellung einer Nothbrücke über den Donaucanal, als Ersatz für die zum Umbaue gelangenden Franzenskettenbrücke, wird nach der in der Sitzung vom 22. November 1892 beschlossenen Wiederaufnahme der Debatte neuerlich eröffnet; der Referent:

**Gem.-Rath Dr. Vogler** bringt zu Beginn der Discussion zur Kenntnis, dass Franz Mörtinger wegen Ablauf des Termines sich an sein Offert nicht mehr gebunden erachtet.

Nach längerer Debatte wird über Antrag des Gem.-Rathes Djörup das Offert des Josef Österreicher für diesen Brückenbau genehmigt.

Schluss der Sitzung.

---

# Stadtrath.

## Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 22. November 1892.

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Prix.
1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.

Anwesende:

| | |
|---|---|
| Dr. v. Billing, | Müller, |
| Boschan, | v. Neumann, |
| v. Goldschmidt, | Noske, |
| Dr. Hackenberg, | Rückauf, |
| Dr. Huber, | Schlechter, |
| Kreindl, | Schneiderhan, |
| Dr. Lederer, | Dr. Stenzl, |
| Matthies, | Vaugoin, |
| Matzenauer, | Dr. Vogler, |
| Meißl, | Wurm. |

Krank: St.-R. Witzelsberger.
Entschuldigt: St.-R. v. Götz.
Experte: Magistratsrath Silberbauer, Oberbuchhalter Nelböck, Rechnungsrevident Fechner.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Schmidbauer, Magistrats-Secretär Roßner.

---

**Vice-Bürgermeister Dr. Richter** eröffnet die Sitzung.

**St.-R. Matzenauer** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis puncto Vergebung der Arbeiten für die Fortsetzung der Bepflanzung der Wiedener Hauptstraße und beantragt, die Arbeiten zur Herstellung der Baumgruben und die Lieferung der zur Füllung derselben erforderlichen Ackererde für die Baumpflanzungen in der Wiedener Hauptstraße, IV. Bezirk, von der Mayerhofgasse bis zur Ziegelofengasse (mit Ausnahme der Strecken vor den Häusern Nr. 60 bis 68 und 74 bis 76) dem Pflasterermeister Johann Knobloch gegen Gewährung des angebotenen 21percentigen Nachlasses von den Preisen des Kostenanschlages zu übertragen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Friedrich Notthaft um die Bewilligung zur Weiterverpachtung eines Theiles des von ihm gepachteten Bürgerspitalfondsgrundes an der Marx-Meidlingerstraße an J. Weinrich und über die Errichtung eines Schupfens durch den letzteren.

Referent beantragt, es sei dem Friedrich Notthaft die Weiterverpachtung eines Theiles des obgedachten Grundes im Ausmaße von 622 m² = 172 □⁰ an Joh. Weinrich auf die Dauer des Bestandverhältnisses zu gestatten, wobei für diesen, nunmehr als Lagerplatz verwendeten Grund als Pachtzins 40 kr. per Quadratklafter, zusammen 68 fl. 80 kr. jährlicher Bestandzins zu entrichten ist. Weiters sei die Errichtung eines circa 6⁰ langen, 2 bis 2½⁰

tiefen Schupfens mit feuersicherer Bedachung seitens des Subpächters Weinrich auf dem Pachtgrunde gegen Erwirkung des politischen Bauconsenses zu gestatten. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Bestimmung der Holzhauerlöhne für die Holzgewinnung in Spitz in der Fällungsperiode 1892/93 und beantragt, die im Wege der Minuendo-Licitation auf Grund des Stadtraths-Beschlusses vom 27. September 1892, Z. 5845, erzielten, in dem vorgelegten Protokolle detaillierten, durchschnittlich 77·8 kr. (mit Bringung) und 43·4 kr. (ohne Bringung) betragenden Holzhauerlöhne für die Holzgewinnung in Spitz zu genehmigen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Forstverwaltung des Fondsgutes Ebersdorf in Mannswörth um Ermächtigung zum Verkaufe von inundiert gewesenem Holze und beantragt, dieselbe zu ermächtigen, das in der Poingenau lagernde, im Jänner, Juni und Juli 1892 inundiert gewesene Stamm- und Scheiterholz, sowie die Bürteln nöthigenfalls bis zu der Hälfte der Taxpreise zu verkaufen, wobei jedoch die Forstverwaltung Sorge zu tragen haben wird, bei dem Verkaufe dieser Hölzer thunlichst die Interessen des Fondsgutes zu wahren und möglichst hohe Preise zu erzielen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Holzfällungs-Ausweise und Anträge für das Fondsgut Ebersdorf pro 1892, respective 1893.

Referent beantragt:

a) Die Holzfällungs-Ausweise pro 1892 seien genehmigend zur Kenntnis zu nehmen.

b) Die Holzfällungs-Anträge für die Fällungsperiode 1892/93 mit 43·72 Joch Wald und einer Production von 11.750 Raummeter seien zu genehmigen.

c) Die vorgelegten Tag- und Lohn-Anträge pro 1893 seien gleichfalls zu genehmigen.

d) Die Forstverwaltung sei, vorläufig nur auf ein Jahr, zu ermächtigen, sowohl bei den Licitationen, als bei den Verkäufen aus freier Hand ihr bekannten, creditfähigen Personen das Holz gegen 10 Percent Anzahlung und Auszahlung des Restes bei der Abfuhr des Holzes gegen dem zu verkaufen, dass, falls die Abfuhr nicht rechtzeitig vor Beginn der nöthigen Forstarbeiten und vorhergehende schriftliche Aufforderung der Forstverwaltung erfolgt ist, die 10percentige Anzahlung verfällt und die Forstverwaltung berechtigt ist, das Holz auf Gefahr und Kosten des ersten Erstehers anderweitig zu verwerten.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Wirtschaftsbesitzers in Kaiser-Ebersdorf Franz Hofbauer um pachtweise Überlassung der Parcellen Nr. 348/2 und 350 in Kaiser-Ebersdorf und stellt folgende Anträge:

1. Die der Gemeinde Wien gehörigen, außerhalb der Verzehrungssteuerlinie des XI. Bezirkes (Kaiser-Ebersdorf) gelegenen Parcellen Nr. 350 im Ausmaße von 10 Joch 70 □° (Kuhstand) und Nr. 348/2 im Ausmaße von 1 Joch 405 □° (Brühlspitzwiese) sind unter analoger Anwendung der für die Verpachtung städtischer Gründe vom Gemeinderathe festgesetzten allgemeinen Bedingungen dem Franz Hofbauer als Auslauf- und Weideplatz, sowie zur Heu- und Grummetfechsung, in Ansehung der Parcelle 348/2 für die Zeit vom 1. November 1892 bis 31. October 1898, mithin auf die Dauer von sechs Jahren um den jährlichen Pachtschilling von 135 fl. in Bestand zu geben.

2. Dem Pächter Franz Hofbauer bleibt das Recht der Eisgewinnung aus dem auf Parcelle Nr. 350 befindlichen Teiche ausschließlich vorbehalten.

3. Dem Pächter wird das Recht eingeräumt, die Pachtgründe nach Bedarf einzuplanken, dagegen die Verpflichtung auferlegt, die etwa hergestellten Einplankungen nach Auflösung des Pachtverhältnisses auf seine Kosten zu entfernen.

4. Der Pächter hat Sorge zu tragen, einerseits, dass die Gewinnung von Eis, Sand und Schotter aus dem an Parcelle Nr. 350 (Kuhstand) grenzenden Wildbache durch die Ortsinsassen der bisherigen Gepflogenheit gemäß, oder durch die Gemeinde Wien selbst nicht gehemmt, andererseits, dass die Zu- und Abfahrt zum Abladeplatz für den Senkgrubeninhalt des Bezirkstheiles Kaiser-Ebersdorf durch die mit der Abfuhr desselben seitens der Gemeinde Wien beauftragten Personen in keiner Weise gehindert werde.

Sollte der zur Ablagerung dieses Senkgrubeninhalts dermalen benützte Abladeplatz über Verlangen der Gemeinde Wien auf Theile der von Franz Hofbauer in Pacht genommenen Parcellen Nr. 350 und 348/2 ausgedehnt werden, so hat Franz Hofbauer die hiezu in Aussicht genommenen Grundflächen von obigen Parcellen unverzüglich und ohne Entschädigung oder ohne Anspruch auf einen Nachlass vom Pachtzinse aus dem bezüglichen Pachtverhältnisse an die Gemeinde Wien abzutreten.

6. Der Pächter Franz Hofbauer hat auf den Ersatz eines jeden Schadens, der ihm aus dem frühzeitigen Bestande des mit der Gemeinde Wien und mit Karl Lechner getroffenen Übereinkommens hinsichtlich der Gewinnung von Rasenziegeln auf der Parcelle Nr. 850 (Kuhstand) zugehen könnte, der Gemeinde Wien gegenüber unbedingt zu verzichten.

7. Die von Karl Lechner als Ersteher der sub Punkt 6 genannten Gewinnung von Rasenziegeln ertheilte Zustimmung zur Verpachtung der Parcelle Nr. 350 (Kuhstand) an Franz Hofbauer als Auslauf- und Weideplatz an die Gemeinde Wien, sowie der seinerseits ausgesprochene Verzicht auf Schadenersatz aus dem gleichzeitigen Bestande des nach Punkt 1 mit Franz Hofbauer eingegangenen Vertragsverhältnisses wird zur Kenntnis genommen.

(Angenommen.)

**St.-R. Dr. v. Billing** referiert über das Ansuchen des Civil-Ingenieurs Josef Müller nov. Victor Silberer um Parcellierungsbewilligung bezüglich der Realitäten: Cat.-Parc. 1316/1, 1314/3, 1319/11, Einl.-Z. 1501, IX. Bezirk, Baustelle I in der Rothen Löwengasse; Cat.-Parc. 1307/1, Einl.-Z. 1342, Baublock E in der Clusiusgasse und Cat.-Parc. 1314/1 und 1319/1, Einl.-Z. 793, Baustelle IX in der Rothen Löwengasse und beantragt:

a) Genehmigung der projectierten Abtheilung der Realitäten Einl.-Z. 1342, 793 und 1501, IX. Bezirk, auf die Baustellen I bis V gegen Übertragung der auf den beiden letzten Einlagen sub P.-Z. 22, respective 5 haftenden, gleichlautenden Reallasten bezüglich Straßengrundübergabe und Niveauherstellung auf jede der neuen Baustellen;

b) Ausstellung einer Löschungserklärung bezüglich der auf der Einlage Nr. 1342, IX. Bezirk, sub P.-Z. 2 und 3 zu Gunsten der Gemeinde haftenden Verbindlichkeiten über Verlangen des Grundeigenthümers und auf Kosten desselben. (Angenommen.)

(St.-R. Müller hat sich zu Beginn dieses Referates aus dem Sitzungssaale entfernt.)

**St.-R. Dr. v. Billing** referiert über das Ansuchen des Curatoriums des Erzherzogin Sophien-Spitales, VII., Kaiserstraße 7, um Subvention pro 1892 und beantragt, diesem Spitale auch für das Jahr 1892 die seit einer Reihe von Jahren gewährte Subvention von 1000 fl. zu bewilligen. (Angenommen; an den Gemeinderath);

— **derselbe** referiert über die Vorstellung der Handarbeiterin Josefa Kralik gegen die Abweisung ihres Gesuches um Verleihung der Zuständigkeit nach Wien seitens des magistratischen Bezirksamtes für den XIII. Bezirk und beantragt, der Bittstellerin die Zuständigkeit zu verleihen. (Angenommen.)

**St.-R. Dr. Huber** referiert über die Ausführung der am Prater-Quai bei der Unrathsabfuhr erforderlichen Arbeiten für die Winterperioden 1892, 1893 und 1894 in eigener Regie der Gemeinde und beantragt, diese Arbeiten für die gedachten Winterperioden, d. i. bis zum Frühjahre 1895, wie bisher in communaler Regie auszuführen. Weiters sei das Bauamt zu ermächtigen, den bisher pro Mann und Nachtschichte gezahlten Lohn von 1 fl. 20 kr. auf 1 fl. 30 kr. zu erhöhen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Eröffnung einer fünften Classe an der Taubstummen-Abtheilung IX., Hahngasse 35 und beantragt, die Eröffnung einer fünften Classe der Taubstummen-Abtheilung an dieser Schule, sowie die Zuweisung eines Lehrzimmers und einer mit den gesetzlichen Bezügen dotierten Lehrperson zu genehmigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über mehrere Gesuche um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt, diese Zusicherung gegen Ertheilung der entsprechenden Taxe zu ertheilen an:

Fauser Marie, Private;
Scherzer Georg Franz, Fragner;
Böhr Ferdinand C., Bierabträger;
Lutz Wilhelm August, Diurnist;
Wehrstein Karl, Feilenschleifergehilfe;
Berner Johann, Bäckergehilfe;
Tomaschitz Karl, Brauhauskoch. (Angenommen);

— **derselbe** referiert in Anwesenheit von 16 Stadträthen über die Besetzung der Hilfslehrerin- und der Industrielehrerin-Stelle im VII. städtischen Waisenhause im VIII. Gemeindebezirke und beantragt, die Hilfslehrerin-Stelle in diesem Waisenhause (mit 20 fl. monatlicher Remuneration, Verköstigung und Bequartierung in der Anstalt) der Helene Rogozinska und die Industrielehrerin-Stelle (mit denselben Bezügen) der Marie Amon unter Festsetzung einer, beiden Vertragstheilnehmern zustehenden einmonatlichen Kündigung des Dienstverhältnisses zu verleihen. (Angenommen.)

**St.-R. Dr. Stenzl** referiert über den Recurs des Hutmachers Josef Listner gegen einen sanitätspolizeilichen Auftrag des magistratischen Bezirksamtes für den III. Bezirk, betreffend das Schlafen von zwei Lehrjungen in der Werkstätte im Hause III., Hauptstraße 78 und beantragt die Abweisung. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Recurs des Hauseigenthümers Josef Brath, X., Stephaniestraße 19 (Inzersdorf) gegen einen sanitätspolizeilichen Auftrag des magistratischen Bezirksamtes für den X. Bezirk, betreffend die Zuweisung einer separaten Schlafstätte für jeden seiner Bediensteten und beantragt die Abweisung. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Vereines zur Bekleidung armer Kinder von Liechtenthal und Himmelpfortgrund, IX. Bezirk, um eine Subvention und beantragt, diesem Vereine pro 1892 eine Subvention von 50 fl. zu bewilligen. (Angenommen; an den Gemeinderath);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Conscriptionsamts-Commissärswitwe Anna Bayer um Fortbezug des Erziehungsbeitrages für ihre Tochter Emilie und beantragt die Bewilligung des Erziehungsbeitrages jährlicher 70 fl. auf weitere zwei Jahre, d. i. bis zum 21. September 1894. (Angenommen; an den Gemeinderath);

— **derselbe** referiert über eine Anzahl von Gesuchen um Verleihung der Zuständigkeit (III. Bezirk) und beantragt die Verleihung gegen Erlag der entsprechenden Taxen an:

Schwär Wenzel, k. k. Polizei-Agent;
Nagel Johann, Privatdiener;
Hallasch Franz, Beamter der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft;
Nowak Thomas, Platzmeister;
Schwings Johann, Partieführer;
Doleczek Johann, Schuhmachergehilfe;
Koschelsky Adelheid, Näherin, und ihre minderjährige Tochter;
Prinz Josefa, Kleidermacherin und Hausbesorgerin;
Jeczek Edle v. Ritterfeld Barbara, Private;
Kostial Eduard, Buchbinder;
Schmida Josefa, Fabriksarbeiterin, und ihre minderjährige Tochter;
Schmiedt Ernst, Ziergärtner und Hausbesorger;
Zelenka Johann, Schuhmacher;
Kohn David, Fischhändler. (Angenommen.)

**St.-R. Wurm** referiert über die Bauamtsprojecte, betreffend die Schaffung von Amtslocalitäten zur Errichtung selbständiger magistratischer Bezirksämter in den Bezirken V, VI, VIII, IX und XIV.

Die in den Stadtraths-Sitzungen vom 11. und 18. l. M. begonnene Berathung über diesen Gegenstand wird fortgesetzt.

Bezüglich des VI. Bezirkes beantragt Referent: Es sei das neue Gemeindehaus in der Amerlingstraße 11 im Sinne des bauämtlichen Projectes, jedoch unter Bedachtnahme auf die Untertheilung des Wahlsaales zur Unterbringung des magistratischen Bezirksamtes zu bestimmen; für den Bezirksausschuss des VI. Bezirkes seien die schon früher von demselben benützten Amtsräume im Eßterházy-Palais nebst zwei ebenerdigen, leerstehenden und für Armen-Institutszwecke geeignete Räume in der Chwallagasse zu adaptieren und einzurichten. Die diesfalls veranschlagten Kosten per 6000 fl. und 4000 fl. seien in das Budget pro 1893 einzustellen.

St.-R. Schlechter beantragt, es sei der Wahlsaal in dem bezeichneten Gemeindehause vorläufig noch zu erhalten.

St.-R. Dr. Lederer beantragt, es sei der dritte Stock des Gemeindehauses zu Zwecken der Errichtung des magistratischen Bezirksamtes zu verwenden, daher die Wohnung des Bezirksvorstehers zu kündigen; der Wahlsaal habe sohin erhalten zu bleiben.

Bei der Abstimmung wird der Referenten-Antrag mit den von den St.-R. Schlechter und Dr. Lederer beantragten Modificationen angenommen.

Bezüglich des magistratischen Bezirksamtes für den XIV. Bezirk beantragt Referent, es sei dasselbe von jenem für den XV. Bezirk zu trennen und als ein für sich bestehendes Amt unter Verwendung der bisher an Privatparteien vermieteten Wohnungen Nr. 12 und 13 im Parterre und Nr. 19 bis inclusive 24 und 26 und der Naturalwohnung Nr. 25 (des Conceptsbeamten Hans Becker) im Mezzanin des Fünfhauser Gemeindehauses provisorisch zu errichten, zu welchem Behufe den betreffenden Wohnparteien im Februar 1893 pro Mai 1893 zu kündigen ist, damit im nächsten Frühjahre die erforderlichen Adaptierungen vorgenommen werden können.

Die mit 9000 fl. veranschlagten Adaptierungs- und Einrichtungskosten seien in das Budget pro 1893 einzustellen. (Angenommen.)

Weiters stellt Referent folgende Anträge:

a) Die Activierung des magistratischen Bezirksamtes für den V., VI. und XIV. Bezirk wird für den 1. Juli 1893 in Aussicht genommen und ist hievon der Statthalter von Niederösterreich mit Bezug auf den Statthalterei-Erlass vom 23. Juni 1891, Z. 37297, Pr.-Z. 651, unter Bekanntgabe der Hindernisse, welche der Activierung selbständiger magistratischer Bezirksämter in den Bezirken VIII und IX noch im Wege stehen, in Kenntnis zu setzen. (Angenommen.)

b) Das Stadtbauamt hat die Detailprojecte für die Bezirksämter V, VI und XIV bis Ende Jänner 1893 vorzulegen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft um Ermäßigung der Canal-Einmündungsgebür für Bauten am Landungsplatze „Praterquai" in Wien und beantragt, diese Gebür unter Bezugnahme auf den Stadtraths-Beschluss vom 29. April 1892, Z. 2242, auf den Betrag von 2076 fl. zu ermäßigen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Reservierung der der Gemeinde Wien gehörigen sogenannten Gasselseder'schen Gründe im X. Bezirke für die daselbst zu erbauende neue Kirche und beantragt: Es seien diese Gründe (Einl.-Z. 2090, Cat.-Parc. 921/2 und 922/2, X. Bezirk) im Ausmaße von 14.870 m² für den beabsichtigten Kirchen- und Pfarrhofbau zu reservieren und sei dem Kirchenbau-Comité die seinerzeitige unentgeltliche Überlassung des erforderlichen Grundes zuzusichern, jedoch nur auf fünf Jahre und gegen dem, dass die Gemeinde mittlerweile in der Verfügung über diese Gründe in keiner Weise behindert werden darf, sowie dass derselben aus diesem Kirchenbaue außer der Grundüberlassung und den gesetzlichen Hand- und Zugkosten keinerlei Auslagen erwachsen dürfen. Der über die gedachten Gründe führende Theil der Neusetzgasse ist im Falle der Erbauung der fraglichen Kirche aufzulassen. (Angenommen; an den Gemeinderath);

— **derselbe** referiert über mehrere Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes der Stadt Wien und beantragt die Verleihung an:

Cymbal Johann, Gemischtwaren-Verschleißer;

Kral Anton, Gemischtwaren-Verschleißer. (Angenommen.)

**St.-R. Schneiderhan** referiert über das neuerliche Offert des Josef Schober auf Ankauf eines Theiles der Parcelle 858 der Friedhofstraße in Währing und beantragt, dieses Offert abzulehnen und dem Gesuchsteller zu bedeuten, dass die Gemeinde nicht gewillt ist, derzeit diese Grundfläche zu veräußern. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Thomasine Huber und des Johann Stolber um käufliche Überlassung eines Theiles der Parcelle 92/2, Einl.-Z. 41 in Lainz und beantragt, es sei der im vorgelegten Plane grün lasirte Theil der Parcelle 92/2 in Lainz, XIII. Bezirk, im Ausmaße von 278·04 m² an Thomasine Huber um den Einheitspreis von 2 fl. 22 kr. per Quadratmeter und der mit den Buchstaben a b e d c G a umschriebene Theil im Ausmaße von 112·73 m² an Johann Stolber um den Preis von 1 fl. 50 kr. per Quadratmeter käuflich zu überlassen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Zuschrift der Direction des Staatsgymnasiums im XII. Bezirke, worin dieselbe für die vom Gemeinderathe für die Schülerlade bewilligte Subvention pro Schuljahr 1892/1893 den Dank ausspricht, und beantragt die Kenntnisnahme.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über rückständige Gemeindeumlagen nach 17 Parteien im XVI. Bezirke und beantragt die Abschreibung aus dem Titel der Uneinbringlichkeit. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über rückständige Gemeindeumlagen nach vier Parteien im XI. Gemeindebezirke und beantragt die Abschreibung aus dem Titel der Uneinbringlichkeit. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Bewilligung eines Zuschusscredites anlässlich der nöthigen Reparatur des für die öffentliche Bespritzung und für die Beschaffung des Wassers zu Feuerlöschzwecken dienenden Schöpfwerkes im städtischen Hause XIII., Hietzing, Alleegasse Nr. 22 und beantragt, diesfalls zur Ausgabs-Rubrik XXII 6 k „Erfordernis für die Straßenbespritzung in den einbezogenen Vorortegemeinden" einen Zuschusscredit von 245 fl. zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath);

— **derselbe** referiert über einen Zuschusscredit zur Ausgabs-Rubrik XXIII 2 a „Currente Erhaltung der öffentlichen Anlagen des XII. Bezirkes" anlässlich der vom Vorsteher dieses Bezirkes irrthümlich aus dem hiefür bewilligten Betrage bestrittenen Auslagen für gärtnerische Arbeiten auf den Friedhöfen und im Epidemiespitale und beantragt die Bewilligung eines Zuschusscredites von 450 fl. zu dieser Präliminar-Rubrik. (Angenommen.)

**St.-R. Matthies** referiert über eine Anzahl von Gesuchen um Verleihung der Zuständigkeit nach Wien (I., VIII. und IX. Bezirk) und beantragt, dieselbe gegen Erlag der entsprechenden Taxe zu verleihen an:

Infeld Salomon, Goldarbeiter;
Jánský Franz, Schneider;
Kahrer Ferdinand, Portier;
Lichtenegger Maria Anna, Köchin;
Jeduška Maria Antonia, gewesene Kammerjungfer;
Straka Maria A., Köchin;
Johandl Johann, Hausbesorger;
Ertel Franz, Geschäftsdiener;
Kris Moriz, Magister der Pharmacie;
Seiler Alois, Bankdiener;
Munser Johann, Hausbesorger;
Peter Adam, Portier;
Holik Rosalia, Kaffeeschänkerin;
Lehnert Josef, Schuhmacher;
Breuer Rudolf, Stadtbaumeister;
Ježek Franz, Scontist;
Machoun Franz, Hausbesorger;
Aigner Michael, Kaffeehausküchengehilfe;
Chrumak Wenzel, Schneider;
Beranek Wenzel, Maurer;
Rosenwasser Wilhelm, Farben-Verschleißer;
Bachzelt Johann, Kutscher;
Weinberger Ludwig, Anstreichergehilfe;
Deutsch Simon (Siegmund), Beamter;
Ditrich Adalbert, Ledergalanteriearbeiter;
Mücke Karoline, Gemischtwaren-Verschleißerin;
Seitner Johann, Gemischtwaren-Verschleißer;
Kasparek Georg, Schneider;
Šuma Anton, Amtsdiener;
Skléнský Josef, Werkzeugmachergehilfe;
Grohmann Ferdinand, k. k. Briefträger;
Baur (Bauer) Josef, Privatier;
Hlauschek August, Fiakerkutscher;
Kokeš Franz, Spengler;
Lindner Hermann, Zitherlehrer;
Albrecht Ignaz, Magazineur;

Bachinger Josef, k. k. Sicherheitswachmann;
Krenberger Josef C., Geschäftsführer;
Reischl Georg, Aushilfsdiener;
Wawera Sebastian, Schuhmacher;
Wurfel Eduard, Tischler. (Angenommen);

— **derselbe** referiert weiters über mehrere Gesuche um Verleihung der Zuständigkeit, respective um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband (V. Bezirk) und beantragt, gegen Erlag der entsprechenden Taxe zu verleihen

a) die Zuständigkeit an:
Ricker Lorenz, Kutscher und Hausbesorger;
Sedlaczek Franz, Tischlergehilfe;
Pala Franz, Schlossergehilfe;
Schmölz Johann, Gastwirt;
Hlozek Franz, Claviertischlergehilfe;
Klaudinger Peter, Drechsler;
Hrdlička Franz, Uhrmacher;

b) die Zusicherung an:
Lichtenhaimer Josef, Privatier. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über zwei Gesuche um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband (VI. Bezirk) und beantragt, dieselbe gegen Erlag der entsprechenden Taxe zu ertheilen an:

Thamm Thekla, Wäscherin, und
Resch Ludwig. Hutmacher. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der städtischen Gärtnerswitwe Anna Würth um eine Gnadengabe und beantragt, derselben vom 1. December 1891 an eine jährliche Gnadengabe von 72 fl. auf drei Jahre, eventuell bis zu einer etwa früher eintretenden anderweitigen Versorgung zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Ortsschulrathes des III. Gemeindebezirkes um Errichtung eines Stiegenhauses in der Schule III., Strohgasse Nr. 5 und beantragt, dieses Ansuchen aus den vom Magistrate geltend gemachten Gründen abzulehnen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Ortsschulrathes für den XVI. Bezirk um Gewährung einer Subvention von 1000 fl. zur Anschaffung von Schuhen für arme Schulkinder und beantragt, diesem Ansuchen aus den vom Magistrate geltend gemachten Gründen Folge zu geben. (Angenommen; an den Gemeinderath;

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Marktcommissariates um Anbringung von Absperrvorrichtungen an den Wasserausläufen in den gemauerten Rinderstallungen des Central-Viehmarktes und um Bestellung eines Wächters für jeden einzelnen Rinderstall behufs Hintanhaltung von Überträukungen der Rinder.

Referent beantragt:

1. Es sei die Anbringung der gedachten Absperrvorrichtungen abzulehnen;

2. die vom Marktcommissariate beantragte Vermehrung der Stallwächter um 23 Individuen und die gleichzeitige Reducierung der Desinfections-Mannschaft um 10 Personen sei gleichfalls abzulehnen;

3. die Zahl der Stallwächter am Central-Viehmarkte sei von 5 auf 11 Individuen zu erhöhen und seien daher 6 neue Stallwächter mit einem Taglohne von je 1 fl. 30 kr., dem Bezuge eines Lodenrockes mit dreijähriger Tragdauer und einer Dienstkappe aufzunehmen;

4. Die Vermehrung dieser Stallwächter habe mit 1. Jänner 1893 einzutreten und sei das Kostenerfordernis per 2955 fl. 54 kr. im Präliminare pro 1893 sicherzustellen.

(Angenommen; an den Gemeinderath);

**St.-R. Schlechter** referiert über mehrere Gesuche um Verleihung der Zuständigkeit nach Wien (X. Bezirk) und beantragt, dieselbe gegen Erlag der entsprechenden Taxe zu verleihen an:

Sejpal Josef, Oberbauarbeiter;
Miglik Margarethe, Bedienerin;
Pialek Theresia, Bedienerin;
Machaček Georg, Schlossergehilfe;
Drechsler Jakob, Gemischtwaren-Verschleißer und Hauseigenthümer;
Ceplecha Franz, Seilergehilfe;
Richter Josef, k. k. Briefträger;
Prohazka Franz, Kesselschmiedgehilfe;
Worel Francisca, Köchin;
Picha Johann, Handschuhlederfärber;
Hofmann Stephan, Schlosser;
Gruber Karl, Bäckergehilfe;
Rattaj Josef, Tischlergehilfe;
Kellner Maria M., Bedienerin;
Tichaček Johann, Hobler bei der k. k. Südbahn-Gesellschaft;
Lischtansky Franz, Hausbesitzer;
Hruška Josef, Schuhmachergehilfe. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Vorstellung des Tischlergehilfen Josef Cerweny puncto Verweigerung der Verleihung der Zuständigkeit seitens des magistratischen Bezirksamtes für den XIX. Bezirk und beantragt, dieser Vorstellung stattzugeben und dem Bittsteller gegen Bemessung der Taxe nach den bestehenden Normen die Zuständigkeit zu verleihen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Zuschrift des Zweigvereines „Währing—Hernals—Ottakring" des Frauen-Hilfsvereines vom rothen Kreuze, worin derselbe für die ihm vom Gemeinderathe bewilligte Subvention den Dank ausspricht und beantragt die Kenntnisnahme.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Protokolle der öffentlichen und vertraulichen Sitzungen des Bezirksausschusses im VII. Bezirke vom 9. November 1892, im I. Bezirke vom 10. November 1892, im VI. Bezirke vom 9. November 1892, im II. Bezirke vom 9. November 1892 und im X. Bezirke vom 9. November 1892 und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

**St.-R. Kreindl** referiert über das Resultat der Offertverhandlung für den Verkauf des Skart- und Korbpapieres in der Zeit vom November 1892 bis Ende 1895 und beantragt:

Es sei das bei den städtischen Ämtern in der Zeit vom November 1892 bis Ende 1895 sich ergebende Skart- und Korbpapier dem Pappendeckel-Erzeuger Johann Paduch, VI., Gumpendorferstraße 122, und zwar ersteres zum Preise von 3 fl. 55 kr., letzteres zum Preise von 1 fl. 5 kr. per 100 kg auf Grund der genehmigten Vorschrift für diesen Verkauf zu übergeben. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das neuerliche Ansuchen des Vereines zur Erhaltung einer Mädchen-Arbeitsschule im XVIII. Bezirk um Überlassung eines Zimmers im Armenhause XVIII., Martinsstraße 92 und beantragt, dieses neuerliche Ansuchen abzuweisen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über rückständige Gemeindeumlagen per 202 fl. 62 kr. sammt Zinsen per 30 kr. und Executionsgebür per 1 fl. 50 kr. nach dem verstorbenen Johann Moser und beantragt die Abschreibung aus dem Titel der Uneinbringlichkeit.

(Angenommen.)

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Erzherzog Rudolf-Militär-Veteranenvereines um Nachsicht der Musik-Impostgebür für ein am 11. September l. J. abgehaltenes Wohlthätigkeitsfest und beantragt, diesem Ansuchen Folge zu geben. (Angenommen.)

**St.-R. Dr. Lederer** referiert über die Verleihung erledigter Freiplätze am Conservatorium der Gesellschaft der Musikfreunde in Wien und beantragt, es sei dem Willibald Kremser (Oboë), der Hermine Grundmann (Gesang), der Karoline Maulik (Clavier), dem Theodor Dittrich (Violine), dem Anton Scharf (Violine) und der Lucie Leistler (Gesang), welche sämmtlich von der Conservatoriums-Direction vorgeschlagen werden, je ein Communal-Stiftplatz am Conservatorium zu verleihen. Ferner sei für die von der Direction vorgeschlagenen Julius Lehnert und Anton Weiß, welche in Wien nicht zuständig sind, der eine der sohin noch zu vergebenden Stiftplätze der Emma Pellini (Clavier), welche im Vorjahre im Genusse eines Communal-Stiftplatzes war, zu belassen und der zweite der Theodora Keplinger (Clavier) zu verleihen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Kanzlei-Aspiranten Johann Merio um Nachsicht der dreimonatlichen Probepraxis und beantragt, es sei dem Bittsteller die angesuchte Nachsicht der Probepraxis zu bewilligen und zugleich zu genehmigen, dass demselben das Adjutum von jährlich 360 fl. vom Tage der Angelobung der Amtsverschwiegenheit, d. i. vom 26. October l. J. an angewiesen werde. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Errichtung der Lambott'schen Stiftung für einen arbeitsunfähigen Straßeneinräumer und beantragt, es sei die Übernahme dieser Stiftung in die Verwaltung der Gemeinde Wien und die Ausfertigung des Stiftbriefes nach dem vom Magistrate vorgelegten Entwurfe zu genehmigen. In diesem Stiftbriefe ist jedoch nach den Worten „Stadtrath der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien" jedesmal einzuschalten „Namens der Gemeinde Wien". (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Lagerhaus-Directors um Ermächtigung eines vierten Beamten zur Collectiv-Unterschrift und beantragt, den Official und Saldocontisten Franz Fischer, welcher ohnehin bereits den Buchhaltungsvorstand im Verhinderungsfalle vertritt, als vierten Beamten zur Unterschrift der Correspondenzen und Lagerscheine in solchen Fällen zu ermächtigen, wenn zwei der zur Gegenzeichnung ermächtigten Oberbeamten gleichzeitig abwesend sind. (Angenommen.)

**St.-R. Rückauf** referiert über den vom Magistrate infolge des Stadtraths-Beschlusses vom 18. October 1892, Z. 5983, betreffend die Einleitung von Verhandlungen mit den Eigenthümern jener Grundstücke, welche in die verlängerte Koppstraße im XVI. Bezirke fallen, wegen eventueller Erwerbung der zu Straßenzwecken nöthigen Gründe vorgelegten Stadtbauamtsbericht und beantragt, diesen Bericht nach welchem in der vorgenannten Straßenverlängerung keinerlei Grundflächen mehr einzulösen sind, zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Josef Hartl um Bewilligung zu baulichen Herstellungen (Umgestaltung eines Depots in einen Stall sammt Kutscherzimmer, Errichtung einer Mistgrube und einer Jaucheableitung) im X. Bezirke, Simmeringerstraße, Parc. 1903 und 1904 (Bürgerspitalgrund) und beantragt, dieses Ansuchen aus den vom Magistrate geltend gemachten Gründen abzulehnen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Karl Bluntschli, VIII., Lerchengasse 7, um Schadloshaltung für den von der Realität Consc.-Nr. und Grundb.-Einl.-Z. 479, Or.-Nr. 7 Lerchengasse im VIII. Bezirk abzutretenden Straßengrund und beantragt, diese Schadloshaltung mit 15 fl. per Quadratmeter festzusetzen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Anna Funk und des Johann Reichhalter um Bestimmung der Schadloshaltung für den vom Hause VII., Kandlgasse Nr. 5 zur Straßenverbreiterung abgetretenen Grund und beantragt, die Schadloshaltung für diesen Grund im Gesammtausmaße von 86·81 m² mit 25 fl. per Quadratmeter zu bestimmen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Paul Keller um die Bewilligung zur Erbauung einer Kegelbahn und Herstellung einer Abschlussmauer in Neuwaldegg, Pötzleinsdorferstraße Nr. 1, XVII. Bezirk, und beantragt, den Antrag des magistratischen Bezirksamtes für den XVII. Bezirk, diese Bauführung nur gegen dem zu gestatten, dass der Gesuchsteller einen intabulationsfähigen Revers ausstellt, mittelst welchem er sich verpflichtet, über jeweiliges Verlangen der Gemeinde Wien das Object, soweit es außerhalb der Baulinie liegt, ohne jede Entschädigung sofort zu demolieren, zu bestätigen. Mit den bezüglich der Grundgrenze geltend gemachten Ansprüchen sind die betheiligten Parteien auf den Civilrechtsweg zu verweisen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des humanitären Vereines „Rudolfsheimer Kinderfreunde" um eine Subvention und beantragt die Bewilligung einer solchen in der Höhe von 100 fl. (Angenommen; an den Gemeinderath);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Arbeiter-Bildungs-Vereines Rudolfsheim und Fünfhaus um unentgeltliche Überlassung einer Schultafel und beantragt zu genehmigen, dass diesem Vereine aus dem städtischen Depot im II. Bezirke am Tabor Nr. 5 eine hölzerne Schultafel mit Gestell unentgeltlich überlassen werde, wobei jedoch der Verein die etwaigen Reparaturskosten, sowie die Auslagen für den Transport aus eigenen Mitteln zu bestreiten hat. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über mehrere Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes der Stadt Wien und beantragt die Verleihung an:

Linner Anton, Parfum-Erzeuger;
Thury Matthias, Taschner. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über mehrere Gesuche um Verleihung der Zuständigkeit nach Wien und beantragt, dieselbe gegen Erlag der entsprechenden Taxe zu verleihen an:

Mayer Franz, Oberbuchhalter;
Jambor Wenzel, Kürschner;
Struhadlo Jakob, Steindrucker;
Routil Johann, Buchhalter;
Sladek Prokop, Holz- und Kohlenhändler;
Schwinger Francisca, Wäscherin;
Pistauer Ignaz, Kaffeesieder;
Schmid Josef, Bierabträger;
Radou Johann, Schuhmacher;
Scholz Marie, Privat;
Lengheim Franz, Kutscher;
Schack Anton, Geschäftsführer;
Entz Robert, Kaufmann;
Bittner Adolf, Beamter. (Angenommen.)

**St.-R. Ritt. v. Goldschmidt** referiert über das Ansuchen des Josef Ignaz und der Theresia Faber um Schadloshaltung für den von der Realität Consc.-Nr. und Einl.-Z. 1156, Or.-Nr. 38 Westbahnstraße im VII. Bezirke zur Straßenverbreiterung abzutretenden

Grund und beantragt, die Schadloshaltung für diese Grundabtretung im Ausmaße von 71·86 m² mit 30 fl. per Quadratmeter festzusetzen. (Angenommen.)

**St.-R. Ritt. v. Neumann** referiert über das Ansuchen des Ernest Weiß um Baulinienbestimmung für die Rinnböckstraße im XI. Gemeindebezirke, Einl.-Z. 1144 Simmering, und beantragt:

1. Das Stadtbauamt sei aufzufordern, Alternativ-Vorschläge für die Trace der Gürtelstraße—Donaucanal—Arsenal vorzulegen, wodurch die schiefwinkelige Unterfahrung der Aspangbahn vermieden und auf die Verwertung des Matzleinsdorfer Friedhofes zu einer Parkanlage Rücksicht genommen wird.

2. Dem Gesuchsteller sei bekanntzugeben, dass mit Rücksicht auf zu pflegende Planstudien hinsichtlich der Trace der Gürtelstraße eine Baulinienbestimmung dermalen nicht erfolgen könne. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Vergebung der Lieferung der Schulbänke für die Schule im XVI. Bezirke, Panikengasse, und beantragt, es sei die Lieferung von 2000 Sitzen Schulbänke mit harten Pultplatten für die neue Schule in der Panikengasse der Firma Brüder Schlimp, II., Treustraße Nr. 94, gegen einen Nachlass von 14 Percent von den Preisen des Kostenanschlages zu übertragen.

Hinsichtlich der Verwendung von Bänken mit eisernen Gestellen sei von der Schulbehörde ein Gutachten einzuholen und ein diesbezüglicher Bericht ehebaldigst dem Stadtrathe vorzulegen.

St.-R. Dr. Vogler beantragt, es sei die Lieferung der fraglichen Schulbänke zu drei Viertheilen der Firma Brüder Schlimp, zu einem Viertheile dem Andreas Oltmanns zu übertragen.

Mit dieser Modification, welcher sich der Referent anschließt, wird der Referenten-Antrag angenommen.

(Bürgermeister Dr. Prix übernimmt den Vorsitz.)

(Magistrats-Secretär Roßner übernimmt die Function als Schriftführer.)

**St.-R. Boschan** referiert über den Haupt-Voranschlag pro 1893.

Als Experte fungieren: Magistratsrath Silberbauer, Oberbuchhalter Nelböck, Rechnungsrevident Fechner.

Die in der Sitzung vom 21. November abgebrochene Debatte wird fortgesetzt.

Referent stellt folgende Anträge:

1. Die vom Stadtrathe sub Gruppe VIII, Ausgabs-Rubrik XXXVI 11 für Errichtung von Sanitätsstationen eingestellte Summe von 100.000 fl. sei wieder zu streichen.

2. Der vom Stadtrathe sub Gruppe I, Ausgabs-Rubrik III 14½ für die Einreihung der Beamten in die Rangclassen eingestellte Betrag von 650.000 fl. sei um 100.000 fl. zu reducieren.

3. Als Reserve für unvorhergesehene Auslagen sei in Gruppe XIII, Rubrik LII 18, nur der Betrag von 500.000 fl. einzustellen.

Nach Eröffnung der Debatte über diese Anträge modificiert der Referent seinen sub 1 gestellten Antrag dahin, dass für Errichtung der Sanitätsstationen der Betrag von 50.000 fl. einzustellen sei.

Es wird sohin beschlossen:

1. Einstellung von 50.000 fl. sub Gruppe VIII, Ausgabs-Rubrik XXXVI 11.

2. Einstellung von 550.000 fl. sub Gruppe I, Ausgabs-Rubrik III 14½.

3. Einstellung von 500.000 fl. sub Gruppe XIII, Ausgabs-Rubrik LII 18.

Referent stellt sohin bezüglich der Bedeckung folgende Anträge:

1. Der Gemeinderath beschließe die Aufnahme einer Anleihe im Betrage von 17,500.000 fl., welche mit höchstens 4 Percent verzinslich, innerhalb 50 Jahren rückzahlbar ist. Der Gemeinde soll das Recht der früheren Rückzahlung vorbehalten bleiben. Der Bürgermeister wird ersucht, wegen Erwirkung des diesbezüglichen Landesgesetzes (§ 52 l des Statutes), sowie ferner wegen Erwirkung der Steuern- und Gebürenfreiheit für dieses, sowie für ein weiteres zum Behufe der Convertierung schon bestehender Anleihen die nöthigen Schritte einzuleiten.

Von diesem Anlehensbetrage wird im Jahre 1893 nur die Summe von 6,250.000 fl. zu begeben sein.

2. Der vorliegende Voranschlag wird mit folgenden Ziffern genehmigt:

| | |
|---|---|
| Eigene Einnahmen . . . . . | 11,097.110 fl. |
| Ausgaben . . . . . | 35,715.340 fl. |
| sohin Erfordernis . . . . . | 24,618.230 fl. |
| Hievon werden bedeckt durch Steuern und Umlagen . | 19,374.400 fl. |
| der Rest von . . . . . | 2,017.830 fl. |

aus den vorhandenen Cassabeständen unter Heranziehung des sub 1 erwähnten Anlehens-Theilbetrages von 3,226.000 fl.

In der über diese Anträge eröffneten Debatte werden folgende Anträge gestellt:

St.-R. Rückauf beantragt die Aufnahme eines Anlehens von 20,000.000 fl.

St.-R. Dr. Hackenberg beantragt die Einsetzung eines Comités aus dem Stadtrathe, welches über die Anlehensfrage zu berathen und zu berichten habe.

St.-R. Ritt. v. Goldschmidt stellt den Zusatz-Antrag, dass dieses Comité aus fünf Mitgliedern und dem Bürgermeister als Vorsitzenden zu bestehen habe.

St.-R. Dr. Lederer beantragt, dass die vom Referenten beantragte Bilanz zu genehmigen und für die Bedeckung des Betrages von 3,226.000 fl. durch eine Creditoperation vorzusorgen sei.

Bei der Abstimmung wird vorerst die Bilanz, wonach sich die

| | |
|---|---|
| eigenen Einnahmen mit . . . . . | 11.097.110 fl. |
| Ausgaben mit . . . . . | 35,715.340 fl. |
| sohin das Erfordernis mit . . . . . | 24,618.230 fl. |
| beziffern, und wonach durch Steuern und Umlagen . | 19,374.400 fl. |
| bedeckt, der Betrag von . . . . . | 2,017.830 fl. |

aus den vorhandenen Cassabeständen zu entnehmen, eventuell durch Verkauf von Wertpapieren zu bedecken und für den Rest per 3,226.000 fl. durch eine Creditoperation vorzusorgen ist, genehmigt.

Weiters wird mit 10 gegen 5 Stimmen beschlossen, ein aus dem Bürgermeister als Vorsitzenden und fünf Mitgliedern des Stadtrathes bestehendes Comité einzusetzen, welches über die Art und Weise der Creditoperation zu berathen und zu berichten hat.

Es wird sofort zur Wahl der Mitglieder dieses Comités geschritten.

Gewählt werden:

| | | |
|---|---|---|
| St.-R. Boschan . . . | mit | 18 Stimmen, |
| „ Dr. Lederer . | „ | 18 „ |
| „ Müller . . . | „ | 16 „ |
| „ Dr. Hackenberg | „ | 14 „ |
| „ Dr. Vogler . | „ | 11 „ |

Auf St.-R. Schlechter und Ritt. v. Goldschmidt entfallen je 5 Stimmen, auf St.-R. Matzenauer 4, auf Dr. v. Billing, Dr. Huber und Vice-Bürgermeister Dr. Richter je 1 Stimme.

Referent St.-R. Boschan beantragt, noch einzustellen die in der vorstehenden Bilanz bereits berücksichtigten Beträge, und zwar:

in Ausgabs-Rubrik XV 2 d den Betrag von 125.000 fl. als halbjährige Zinsen von einem Anlehenscapitale per 6¼ Millionen Gulden, und

in Einnahms-Rubrik XIII 9 den Betrag von 46.880 fl. als Intercalarzinsen von diesem Anlehensbetrage. (Angenommen.)

Die Sitzung wird geschlossen.

---

# Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom 23. November 1892.

Vorsitzende: 1. Vice-Bürgermeister Dr. Richter.
2. Vice-Bürgermeister Dr. Grübl.

Anwesende:

| | |
|---|---|
| Dr. v. Billing, | Müller, |
| v. Götz, | v. Neumann, |
| v. Goldschmidt, | Noske, |
| Dr. Hackenberg, | Rückauf, |
| Dr. Huber, | Schlechter, |
| Kreindl, | Schneiderhan, |
| Dr. Lederer, | Dr. Stenzl, |
| Matthies, | Vaugoin, |
| Matzenauer, | Dr. Vogler, |
| Meißl, | Wurm. |

Bürgermeister Dr. Prix.

---

Entschuldigt: Boschan.
Beurlaubt: Witzelsberger.
Schriftführer: Magistrats-Concipist Appel.

---

**Vice-Bürgermeister Dr. Grübl** eröffnet die Sitzung.

St.-R. Boschan entschuldigt sein Ausbleiben wegen Unwohlseins.

**St.-R. v. Götz** referiert über die käufliche Überlassung von Trottoirsteinen vor dem Hause Or.-Nr. 13 Grinzingerstraße in Ober-Döbling im XIX. Bezirke an Karl Schauer und beantragt, diesen Verkauf um den Betrag von 5 fl. zu genehmigen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der Gewerbeschul-Commission um Bewilligung zur Benützung der Turnlocalität im städtischen Bürgerschulgebäude, XIII. Bezirk, Penzing, Schulgasse 10 in der Zeit von 3 bis 5 Uhr an Sonntagen nachmittags und beantragt, diese Bewilligung ohne Inanspruchnahme einer Vergütung für Beheizung und Beleuchtung zu ertheilen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Verbesserung der Gasbeleuchtung in der Schule im XVIII. Bezirke, Klettenhofergasse 3 und beantragt, die Kosten im Betrage von 1050 fl. für die Installation und 50 fl. jährlichen Gasconsum zu genehmigen, und zur Ausgabs-Rubrik XIII 4 einen Zuschussredit per 1050 fl. zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Vereines der Kinderfreunde um Bewilligung einer Subvention zur Erhaltung der von demselben gegründeten Kinderbewahranstalt und Arbeitsschule „Elisabethinum" im XIII. Bezirke Breitensee und beantragt, eine Subvention von 100 fl. zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

**St.-R. Meißl** referiert über das Ansuchen des humanitären Geselligkeitsvereines „Leopoldstädter Kinderschutz" um Bewilligung einer Subvention und beantragt, dem genannten Vereine eine Subvention von 50 fl. zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Spar-, Aushilfs- und Humanitätsvereines „Kaisermühlen" um Bewilligung einer Spende und beantragt, den Betrag von 50 fl. zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

**St.-R. Matzenauer** referiert über das Offert des Holzhändlers E. Fürth um käufliche Überlassung des Holzes aus dem Lausgrunde und dem Gänsehaufen mit 15percentigem Nachlasse und beantragt die Ablehnung. (Angenommen.)

**St.-R. Dr. Lederer** referiert über das Ansuchen des Eduard Josef May um Gewährung der Altersnachsicht behufs Erlangung einer Steuerexecutionistenstelle und beantragt die Gesuchsgewährung.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Besetzung eines Monika Zelinka-schen Stiftplatzes und beantragt, denselben mit dem Genusse von monatlich 13 fl. 12½ kr. vom 1. November 1892 an der bürgerlichen Brantweinschänkerswitwe Francisca Reidinger zu verleihen.

(Angenommen.)

**St.-R. Vaugoin** referiert über das neuerliche Offert des Adolf Springer vom 22. November 1892 auf die Baustelle IV der St. Anna-Realität im I. Bezirke und beantragt:

Die Baustelle IV der St. Anna-Realität in der Annagasse, I. Bezirk, Cat.-Parc. 1003/5, Einl.-Z. 1565 im Flächenausmaße von 860·723 m² sei unter den in der Vorschrift für den Verkauf der obgedachten Realität enthaltenen Bedingungen und gegen dem an Adolf Springer käuflich zu überlassen, dass derselbe den Einheitspreis von 150 fl. per Quadratmeter bezahlt und die Vertragskosten, die Kosten der grundbücherlichen Einverleibung, des Eigenthums- und Pfandrechtes und der Löschungsquittung, sowie die Vermögensübertragungsgebüren trägt. (Angenommen; an den Gemeinderath);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des J. W., Magistratsbeamten, um Bewilligung eines viermonatlichen Gehaltsvorschusses und beantragt, dem Genannten den erbetenen Vorschuss im Betrage von 233 fl. 33 kr. gegen Rückzahlung in 30 monatlichen Raten zu bewilligen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Beamten F. K. um Bewilligung eines dreimonatlichen Gehaltsvorschusses per 200 fl. und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Diurnisten A. C. um Bewilligung einer Aushilfe und beantragt die Bewilligung einer Aushilfe von 50 fl. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Beamten L. B. um Bewilligung eines sechsmonatlichen Gehaltsvorschusses per 350 fl. und beantragt die Bewilligung gegen Rückzahlung in 40 monatlichen Raten zu ertheilen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Vereines zur Ausspeisung armer Schulkinder im III. Bezirke um Bewilligung einer Subvention und beantragt, demselben auch für das Jahr 1892 eine Subvention von 100 fl. zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Comités zur Veranstaltung der Christbaumfeier im X. Bezirke um Bewilligung einer Spende und beantragt pro 1892 den Betrag von 200 fl. zu bewilligen. (Angenommen; an den Gemeinderath);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Vereines zur Bekleidung armer Schulkinder im III. Bezirke um Bewilligung einer Subvention und beantragt, dem genannten Vereine auch für das Jahr 1892 eine Subvention von 100 fl. zu bewilligen.

(Angenommen; an den Gemeinderath);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Beamten H. N. um Bewilligung einer Erleichterung in der Rückzahlung seines Gehaltsvorschussrestes und beantragt, dem Genannten die Rückerstattung des gegenwärtig noch aushaftenden Gehaltsvorschussrestes per 115 fl. in elf gleichen Monatsraten zu bewilligen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit des nach dem gewesenen Kanzleipraktikanten Heinrich Haselmann noch aushaftenden Adjutumsvorschussrestes per 20 fl. und beantragt die Abschreibung zu bewilligen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit der anlässlich der Sicherstellung der Effecten des Selbstmörders Johann Chilik sowie anlässlich dessen Beerdigung erwachsenen Kosten per 7 fl. 65 kr. und beantragt die Abschreibung zu bewilligen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen des Kilian Zeipelt, Collectors bei der Gasgesellschaft, um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über drei Gesuche aus dem III. Bezirke um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt:

Dem Alfred Straßer, Gesellschafter des Großhandlungshauses Moriz Königswarter, dem Georg Andreas Blail, Fragner, das Bürgerrecht zu verleihen;

das Ansuchen des Zimmermalers Joh. Bind abzuweisen.

St.-R. Noske beantragt, auch dem Letztgenannten das Bürgerrecht zu verleihen.

Der Antrag des St.-R. Noske und im übrigen der Referenten-Antrag werden angenommen.

— **Derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit von Beerdigungskosten nach 12 Parteien aus dem XVI. Bezirke und nach 125 Parteien aus dem II. Bezirke und Uneinbringlichkeit einer Kanzleigebür per 4 fl. und beantragt, die Abschreibung zu bewilligen.

(Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Uneinbringlichkeit von Beerdigungsgebüren nach 167 Parteien aus dem X. Bezirke und beantragt, die Abschreibung zu bewilligen. (Angenommen.)

**St.-R. Schneiderhan** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis für den Bau eines neuen Tractes bei der Schule XI. (Simmering), Marktplatz und beantragt:

1. Die Erd- und Maurerarbeiten dem Stadtbaumeister und Ingenieur Karl Stiegler, VII., Bernardgasse 22, mit einem Nachlasse von 22 Percent;

2. die Zimmermannsarbeiten dem Stadtzimmermeister Hermann Otte, IX., Seegasse 10, mit einem Nachlasse von 28·5 Percent;

3. die Spenglerarbeiten dem Spenglermeister Ferdinand Schauermann, V., Untere Bräuhausgasse 67, mit einem Nachlasse von 15·6 Percent;

4. die Ziegeldeckerarbeiten dem k. u. k. Hof-Schiefer- und Ziegeldecker Karl Niernsee, V., Wienstraße 67, mit einem Nachlasse von 5 Percent von dem Einheitspreise der betreffenden Kostenanschläge;

5. die Herstellung der Falzziegelgewölbe dem Stadtbaumeister Eduard Schneider, XV., Glückgasse 5, zum Preise von 2 fl. 90 kr. per Quadratmeter;

6. die Traversenlieferung der Firma Max Wahlberg, I., Johannesgasse, zu dem offerierten Preise;

7. die Lieferung der hydraulischen Bindemittel dem Michael Egger, I., Stadiongasse 9, zum Preise von 135 fl. für 100 Metercentner hydraulischen Kalk (Roman-Cement) und 300 fl. für 100 Metercentner Portland-Cement;

8. die Bautischlerarbeiten der allgemeinen österreichischen Baugesellschaft, I., Führichgasse 5, mit einem Nachlasse von 16¼ Percent;

9. die Schlosserarbeiten dem Schlosser Karl Mrasak, III., Schimmelgasse 21, mit einem Nachlasse von 20 Percent;

10. die Anstreicherarbeiten dem Anstreicher Karl Haurand, II., Praterstraße 60, mit einem Nachlasse von 41 Percent;

11. die Glaserarbeiten dem Glaser J. Zelebor, Meidling, Hauptstraße 10, mit einem Nachlasse von 19 Percent von den Einheitspreisen der betreffenden Kostenanschläge;

12. die Steinzeugwarenlieferung der Wienerberger Ziegelfabriks- und Baugesellschaft, I., Opernring 1, mit einem Nachlasse von 31·6 Percent von den Einheitspreisen;

13. die Asphaltiererarbeit dem Johann Bosch, III., Hauptstraße 68, zum Preise von 3 fl. 20 kr. per Quadratmeter Asphalte coulé und 1 fl. 35 kr. per Quadratmeter verticalen Maueraufzug;

14. die Lieferung der Isolierplatten der Firma Otto Grafe's Nachfolger, II., Taborstraße 64, mit einem Nachlasse von 41½ Percent;

15. die Möbeltischlerarbeiten der Firma Scheiber und Klein, V., Griesgasse 30, mit einem Nachlasse von 22·6 Percent.

16. die Schriftenmaler- und Metallgießerarbeiten dem Ludwig Richter, X., Humboldtgasse 28, mit einem Nachlasse von 40 Percent;

17. die Lieferung der eisernen Öfen der Firma Alexander Herzog, VII., Neustiftgasse 78, mit einem Nachlasse von 28½ Percent;

18. die Steinmetzarbeiten dem Franz Aufhauser, XII., Breitenfurterstraße 1, mit einem Nachlasse von 14·5 Percent;

19. die Schulbanklieferung der Firma Brüder Schlimp, II., Treustraße 94, mit einem Nachlasse von 12 Percent.

20. die Gasinstallationsarbeiten dem Leopold Horner, Spengler und Installateur, V., Hundsthurmerstraße 87, mit einem Nachlasse von 35¼ Percent;

21. die Wasserleitungs-Installationsarbeiten sammt der Closetlieferung gleichfalls dem Leopold Horner mit einem Nachlasse von 25½ Percent von den Einheitspreisen der betreffenden Kostenanschläge;

22. die Herstellung der Pumpenanlage dem J. Blaschke, V., Rampersdorfgasse 14, um die offerierten Preise zu übertragen, dagegen die Brunnenmacherarbeiten durch städtische Contrahenten ausführen zu lassen. (Angenommen.)

**Vice-Bürgermeister Dr. Richter** referiert über die Wiederherstellung des Gehweges vom Kaiserbrunnen durch den Krummbachgraben bis zum Baumgartnerhaus am Schneeberg und beantragt, dem Gastwirte in Kaiserbrunn A. Schnepf die Bewilligung zur Wiederherstellung des Weges durch den Krummbachgraben zu ertheilen und zu diesem Zwecke einen Beitrag von 100 fl. zu bewilligen; die Arbeiten seien im Einvernehmen und unter Überwachung der städtischen Organe durchzuführen und der Beitrag nach Beendigung der Arbeiten auszubezahlen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert bei Anwesenheit von 17 Stadträthen über die Besetzung von Stellen im Steuer-Executionsamte nach dem quiescierten Steuer-Commissär Ernst Gold und beantragt, die erledigte Steuer-Commissärstelle 3. Gehaltstufe dem Steuer-Executionisten Engelbert Wiletel und die dadurch erledigte Steuer-Executionistenstelle dem Steuerexecutions-Diurnisten Karl Bader zu verleihen.

(Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

**Vice-Bürgermeister Dr. Grübl** referiert über die Note der k. k. Finanz-Landes-Direction vom 8. Juli 1892, Z. 26432, betreffend die Zahlung von 4 Percent Discont von den seitens der

Bierbrauer an Verzehrungssteuer-Zuschlägen einbezahlten Beträgen und beantragt, den in der Zuschrift der k. k. Finanz-Landes-Direction angegebenen Bierbrauereien die angesuchte Bewilligung wegen Rückvergütung eines 4percentigen Disconts, jedoch nur von jenen Beträgen, welche für die angeführten Quantitäten von Bierwürze an communalen Zuschlägen entrichtet wurden, zu ertheilen, hingegen das Ansuchen wegen einer gleichen Bewilligung hinsichtlich der von der unangeführten Quantität fertigen Bieres bezahlten communalen Zuschlägen abzulehnen.

Die Zustimmung zur obgenannten Discontvergütung erfolgt nur ausnahmsweise und wird ausdrücklich bemerkt, dass für die Zukunft an der gesetzlichen Bestimmung und an der früher in Wien vor der Einverleibung der Vororte bestandenen Praxis festgehalten wird, wonach der communale Zuschlag sofort bei der Einfuhr oder bei der Erzeugung fällig ist. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über den Eröffnungsbericht des Communal-Gymnasiums im XIX. Bezirke pro 1892/93 und beantragt, den von der Direction vorgelegten Bericht zu genehmigen, die hierin namhaft gemachten Supplenten und Assistenten mit den angesetzten Lehrstunden gegen die Substitutionsgebür, wie sie für Staatsgymnasien normiert ist, auf die Dauer des laufenden Schuljahres, ferner den Dr. Otto Kleiber auch für die Kalligraphie und Max Seeland für die Stenographie gegen die Jahresremuneration von 60 fl. für jede wöchentliche Unterrichtsstunde auf dieselbe Zeitdauer zu bestellen, dem Religionslehrer Jančik für die zweite Exhorte den Betrag von 157 fl. 50 kr. anzuweisen und die sonach entfallenden Bezüge für die Supplenten, Überstunden, für die Nebenlehrer und Hilfslehrer, sowie für den Bibliothekar und den Religionslehrer flüssig zu machen, und das Ergebnis der Aufnahmsprüfungen zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Grübl übernimmt wieder den Vorsitz.)

**St.-R. Dr. v. Billing** referiert über die Supplierung des verstorbenen Communal-Ober-Realschul-Professors Johann Anton Schnarf und beantragt, dem Emanuel Lerner, Supplenten an der k. k. Ober-Realschule in Währing (statt des Ferd. Kroier), die Supplierung der sechs Stunden zu übertragen und denselben vorläufig für die restliche Zeit des ersten Semesters des laufenden Schuljahres mit einer Remuneration von 60 fl. jährlich per wöchentliche Stunde, beziehungsweise für die Zeit der in Aussicht genommenen Verwendung mit dem in drei Monatsraten fälligen Gesammtbetrage von 90 fl. zu bestellen. (Angenommen.)

— **derselbe** referiert über 30 Gesuche aus dem XIX. Bezirke um Aufnahme, beziehungsweise Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt:

a) Die Zuständigkeit zu verleihen:

Hager Leopold, Sattler;
Schwaz Matthias, Zeugwärter:
Burgstock Anton, Zillenauffänger;
Ruthner Johann, Straßeneinräumer;
Pospischil Josef, Gärtner, Haus- und Grundbesitzer;
Tyllinek Anton, Tischler;
Eibensteiner Johann, Küchengärtner und Hausbesitzer;
Cižek Franz, Schuhmacher;
Brünner Josef Johann, k. k. Sicherheitswachmann;
Stöhr Jakob, Wirt;
Pilny Franz, Huf- und Wagenschmied;
Fritsch Lorenz, Maschinenwärter;
Ledinger Josef, Kalkhändler;
Widhalm Josef, Hausbesitzer;
Flener Thomas, Sattler;
Sperka Martin, Gemischtwarenhändler;
Hruska Ignaz, Zier- und Küchengärtner;
Rößler Wilhelm, Zimmermaler;
Gebert Franz, Gemischtwaren-Verschleißer;
Bartes Johann, Tischlergehilfe;
Cerwinka Johann, Privatbeamter;
Blažek Josef, Bierabtrager;
Haas Ignaz, Zimmermann und Hausbesorger;
Lohr Georg, Bäcker und Hausbesitzer:
Jaschek Engelbert, Victualienhändler;
Tabor Johann, Gärtner und Hausbesorger.

b) Die erbetene Zusicherung zu ertheilen:

Buchfellner Franz, Kellermeister;
Deutsch Siegmund, Fragner und Tabak-Trafikant;
Kunz Jakob, Weinhändler;
Hrieczinsko Johann, Friseur. (Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

— **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Kirchenmusik-Vereines St. Elisabeth in Wien um Bewilligung einer Subvention und beantragt, für das Jahr 1892 eine Subvention im Betrage von 50 fl. zu bewilligen. (Angenommen; an den Gemeinderath);

— **derselbe** referiert über den Bericht des Stadtanwaltes Dr. Schmitt über die Beendigung des Processes gegen S. Figdor puncto Aufforderung wegen Berühmung von Ansprüchen aus Anlaß der Arbeiten und Lieferungen zur dritten Erweiterung des Central-Friedhofes durch Vergleich, wornach S. Figdor auf Geltendmachung weiterer Ansprüche gegen die Gemeinde Wien aus Anlass der Arbeiten und Lieferungen für die dritte Erweiterung des Central-Friedhofes außer den bereits eingeklagten verzichtet und sich zur Zahlung der gerichtlich zu bestimmenden Kosten des Aufforderungsprocesses verpflichtet, und beantragt, diesen Bericht genehmigend zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über das Ansuchen der gewesenen Unterlehrerin Mathilde Wseticzka um Abschreibung des noch aushaftenden zehnpercentigen Pensionsfondsbeitrages per 27 fl. 50 kr. und um gnadenweisen Rückersatz eines Pensionsbeitrages von 32 fl. 50 kr. und beantragt die Abschreibung des ersteren Betrages wegen Uneinbringlichkeit zu bewilligen, das zweite Ansuchen abzuweisen. (Angenommen);

— **derselbe** referiert über die Vorstellung der Donauregulierungs-Commission gegen die ad M.-Z. 174659 ex 1887 aufgerechnete Baulinientaxe per 5300 fl. 22 kr. für die Donauregulierungsgründe oberhalb der Ausstellungsstraße und beantragt, diese Taxe von 5300 fl. 22 kr. auf 4034 fl. 30 kr. herabzusetzen. (Angenommen.)

**St.-R. Dr. Vogler** referiert bezüglich der Erwerbung eines Schulbauplatzes im III. Bezirke, Mohs- und Khunngasse von der Wiener Baugesellschaft und beantragt, es seien mit der Wiener Baugesellschaft Unterhandlungen wegen Ankaufes eines geeigneten Bauplatzes in der Khunn- und Mohsgasse im III. Bezirke einzuleiten und zu diesem Behufe ein Comité von drei Mitgliedern des Stadtrathes, welchem Comité Vertreter des Magistrates und des Bauamtes beizugeben sind, einzusetzen. (Angenommen.)

In das Comité wurden gewählt: Referent Dr. Vogler, Vice-Bürgermeister Dr. Grübl und St.-R. Wurm.

— **Derselbe** referiert über das Ansuchen des Lehrers Josef Reiter um Bewilligung eines einjährigen Urlaubes zur Vollendung

seiner musikalisch-dramatischen Werke und beantragt, der Stadtrath ertheile seine Zustimmung zur Belassung der Bezüge für den Lehrer Josef Reiter während des ihm ertheilten Urlaubes unter der Bedingung, dass der Beurlaubte die Substitutionskosten für eine lehrbefähigte provisorische Lehrkraft trage, welche Kosten ihm von seinen Bezügen in Abrechnung zu bringen wären.

St.-R. Noske beantragt, die Gehaltszahlung während des Urlaubes zu verweigern.

Letzterer Antrag wird angenommen.

**Bürgermeister Dr. Prix** setzt das Referat über die Systemisierung der Beamtenstellen des Wiener Magistrates nach dem genehmigten Rangclassenschema fort.

Ad Marktamt liegt vor: Antrag des Referenten.

### Marktamt.

| | |
|---|---|
| 1 Vorstand VIII. Rangclasse, 2600 fl. . . . . | 2.600 fl. |
| I. Abtheilung: Marktcommissariat. | |
| 6 Marktinspectoren IX. Rangclasse, 2100 fl. . . . . | 12.600 fl. |
| 18 Marktcommissäre X. Rangclasse a, 1700 fl. . . . | 30.600 fl. |
| 22 Marktcommissäre X. Rangclasse b, 1300 fl. . . . | 28.600 fl. |
| 25 Accessisten XI. Rangclasse, 1000 fl. . . . . | 25.000 fl. |
| 16 Praktikanten, 500 fl. . . . . | 8.000 fl. |
| 87 Personen. Summe . | 104.800 fl. |
| II. Abtheilung: Veterinär-Abtheilung. | |
| 1 Ober-Thierarzt und 4 Verwalter der Schlachthäuser IX. Rangclasse, 2100 fl. . . . . | 10.500 fl. |
| 11 Thierärzte X. Rangclasse a, 1700 fl. . . . . | 18.700 fl. |
| 15 Thierärzte X. Rangclasse b, 1300 fl. . . . . | 19.500 fl. |
| 20 thierärztliche Assistenten XI. Rangclasse. 1000 fl. . | 20.000 fl. |
| 12 Praktikanten, 500 fl. . . . . | 6.000 fl. |
| 63 Personen. Summe . | 74.700 fl. |
| Zusammen 151 Personen mit den Gesammtkosten . . . | 182.100 fl. |
| jetzt 123 Personen mit Kosten . . . . . | 150.363 fl. |
| + | 31.737 fl. |

Antrag Dr. Huber: Bestellung eines eigenen Amtsvorstandes der VIII. Rangclasse in der Veterinär-Abtheilung.

St.-R. Schlechter beantragt, statt 1, 4 Ober-Thierärzte in der IX. Rangclasse zu systemisieren.

Der Antrag des St.-R. Dr. Huber und der Antrag des St.-R. Schlechter werden abgelehnt.

Der Referenten-Antrag wird angenommen.

Hiedurch ist auch § 12 angenommen, welcher lautet:

„Das Marktamt enthält zwei Abtheilungen: a) Das Marktcommissariat, b) die Veterinär-Abtheilung. In der Veterinär-Abtheilung dürfen nur Thierärzte angestellt werden."

Referent setzt fort:

§ 13. Die Beamten des Marktamtes, mit Ausnahme des Vorstandes, der Schlachthausverwalter und der Praktikanten, erhalten eine jährliche Diensteszulage von 250 fl. (Angenommen);

Referent setzt fort:

§ 10. Die Stellen eines Heiz- und Ventilationsinspectors, des Verwalters des Rathhauses und der beiden Beamten der Wassermesserprobierstation werden als besondere Stellen aufgelassen und sind mit Beamten des Stadtbauamtes zu besetzen. (Angenommen);

Referent setzt fort:

§ 11. Die Besetzung der sämmtlichen Beamtenstellen erfolgt nach der Dienstpragmatik und nach § 12 der Bestimmungen über die Regulierung der Bezüge der städtischen Beamten. (Gemeinderathsbeschluss vom 31. Mai, 14. und 17. Juni 1892.) (Angenommen.)

Schluss der Sitzung.

# Allgemeine Nachrichten.

## Approvisionierung.

### (Der tägliche Fleischmarkt.)

(In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 20. bis 26. November 1892.

### 1. Fleischsendungen:

a) Für den täglichen Fleischmarkt.

| | | |
|---|---|---|
| Rindfleisch . . | 209.337 Kg. | (Davon aus Nieder-Österreich — 121.861; aus Ober-Österreich — 5002; aus Mähren — 13.672; aus Galizien — 65.189; aus Ungarn — 2998; aus der Bukowina — 526; aus Croatien — 89 Kg.) |
| Kalbfleisch . . . | 8.159 „ | (Davon aus Nieder-Österreich — 1999; aus Ober-Österreich — 10; aus Mähren — 68; aus Galizien — 6082 Kg.) |
| Schaffleisch . | 27.971 „ | (Davon aus Nieder-Österreich 390; aus Mähren — 18; aus Galizien — 20.266; aus Ungarn 311; aus der Bukowina — 6986 Kg.) |
| Schweinfleisch . | 43.884 „ | (Davon aus Nieder-Österreich — 24.655; aus Oberösterreich 10; aus Böhmen — 340; aus Mähren — 632; aus Galizien — 13.723; aus Ungarn — 4524 Kg.) |
| Kälber . . . . | 945 Stück | (Davon aus Nieder-Österreich — 13; aus Ober-Österreich — 5; aus Mähren — 46; aus Galizien — 863; aus Ungarn — 8; aus der Buckowina — 10 St.) |
| Schafe . . . . | 581 „ | (Davon aus Nieder-Österreich — 256; aus Ober-Österreich — 2; aus Mähren — 1; aus Galizien — 74; aus der Bukowina — 248 St.) |
| Schweine . . | 1.923 „ | (Davon aus Nieder-Österreich — 88; aus Mähren — 8; aus Galizien — 1757; aus Ungarn — 51; aus der Bukowina — 19 St.) |
| Lämmer . . . | 10 „ | (Davon aus Nieder-Österreich — 5; aus Galizien — 5 St.) |

b) Für den Approvisionierungsverein.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Rindfleisch . . . | 2.755 Kg. | Kälber . . . . . | 23 Stück |
| Kalbfleisch . . . | 5 „ | Schafe . . . . . | — „ |
| Schaffleisch . . . | 205 „ | Schweine . . . . | 3 „ |
| Schweinfleisch . . | 376 „ | Lämmer . . . . | 25 „ |

### 2. Preisbewegung:

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Rindfleisch | Siedfleisch . . . . | von 30 | bis 72 | kr. | per | Kg. |
| | Rostbraten u. Rieden | „ 54 | „ 95 | „ | „ | „ |
| Kalbfleisch . . . . . | | „ 40 | „ 75 | „ | „ | „ |
| Schaffleisch . . . . . | | „ 26 | „ 42 | „ | „ | „ |
| Schweinfleisch . . . . . | | „ 44 | „ 71 | „ | „ | „ |
| Kälber . . . . . | | „ 38 | „ 60 | „ | „ | „ |
| Schafe . . . . . | | „ 22 | „ 38 | „ | „ | „ |
| Schweine . . . . . | | „ 37 | „ 56 | „ | „ | „ |
| Lämmer . . . . . | | 2½ | bis 4 | fl. | per | Stück. |

Bei etwas stärkerer Zufuhr an Fleischwaren als in der Vorwoche und entsprechender Nachfrage haben zum Wochenschlusse die Preise der Schafe und des Schaffleisches eine Ermäßigung von 4 bis 6 kr. per Kilo und jene der Schweine um 2 bis 3 kr. per Kilo erfahren. Die übrigen Fleischwaren wurden im allgemeinen zu den vorwöchentlichen Preisen verkauft.

* * *

## (Pferdemarkt vom 25. November 1892.)

Zum Verkaufe wurden gebracht: 374 Pferde.

**Preis:** für Gebrauchspferde . . . . . 75—400 fl. per Stück,
„ Schlachtpferde . . . . . 15—68 „ „ „

Der Markt war ziemlich lebhaft.

Detailpreise in der Woche vom 20. bis 26. November 1892:
(Geschlachtet wurden 447 Pferde.)

| | | | |
|---|---|---|---|
| Vorderes Pferdefleisch . . . . . | vom Pferde | 1 Kg. | 20—36 kr. |
| Hinteres „ . . . . . | | 1 „ | 24—44 „ |
| Lungen- und Rostbraten . . | | 1 „ | 24—44 „ |
| Selchfleisch . . . . . | | 1 „ | 30—50 „ |
| Extrawürste . . . . . | | 1 „ | 30—48 „ |
| Dürre Würste . . . . . | | 1 „ | 32—56 „ |
| Rohes Fett . . . . . | | 1 „ | 36—60 „ |
| Geschmolzenes Fett . . . . | | 1 „ | 40—80 „ |
| Schweifhaare . . . . . | vom Schwein | 1 Schweif | 25—80 „ |
| Knochen . . . . . | | 100 Kg. | fl. 2—3·50 |
| Häute . . . . . | | per St. | „ 3—6·50 |

* * *

## (Schlachtviehmarkt vom 28. November 1892.)

### 1. Auftrieb.

Mastvieh — 2922, Weidevieh — 112, Beinlvieh — 678.
**Summa** . 3712.

Davon — nach Racen:

| | |
|---|---|
| Ungarische Thiere . . . | 1714 |
| Galizische „ . . . | 520 |
| Deutsche „ . . . | 1404 |
| Büffel „ . . . | 74 |

Davon — nach Gattungen:

| | |
|---|---|
| Ochsen . . . . . | 3015 |
| Stiere . . . . . | 336 |
| Kühe . . . . . | 361 |

### 2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht **mit** Procentabzug:

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Ungarische Schlachtthiere . | von | 53 | bis | 67 fl. |
| (extrem | „ | — | „ | 68 „) |
| Galizische Schlachtthiere . | „ | 56 | „ | 63 „ |
| (extrem | „ | 65 | „ | 67 „) |
| Deutsche Schlachtthiere . | „ | 54 | „ | 68 „ |
| (extrem | „ | — | „ | 69 „) |
| Weidevieh . . . . . | „ | — | „ | — „ |
| Stiere . . . . . | „ | — | „ | — „ |
| Kühe . . . . . | „ | — | „ | — „ |
| Büffel . . . . . | „ | — | „ | — „ |
| Beinlvieh . . . . . | „ | — | „ | — „ |

Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Procentabzug (auf dem heutigen Markte 34 bis 46 %), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung:
a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung;
b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Umschlitt 2c.;
c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- urd Darminhalt 2c., zugesteht.

b) Preis per 100 Kg. Lebendgewicht **ohne** Procentabzug:

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Ochsen . . | von | 20 | bis | 34 fl. |
| Stiere . . | „ | 26 | „ | 34 „ |
| Kühe . . . | „ | 23 | „ | 31 „ |
| Büffel . . | „ | 19 | „ | 27 „ |
| Beinlvieh . | „ | — | „ | — „ |

c) Preis per Stück:

Beinlvieh . . von 26 bis 87 fl.

**Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurden keine Schlachtthiere angekauft.**

Unverkauft blieben:

| | |
|---|---|
| Ochsen . . . | 8 Stück |
| Beinlvieh . . | 26 „ |

Gegen den letzten Montagsmarkt wurden heute 85 Stück Schlachtthiere weniger aufgetrieben. Die Kauflust war ziemlich lebhaft, jedoch haben die letztwöchentlichen Preise keine Änderung erfahren.

* * *

## Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 26. November 1892.

### a) Getreide.

| | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Weizen (Qualitätsgewicht 75—80 Kg.) . . | von | 7 | fl. | 45 | kr. | bis | 8 fl. | 45 kr. |
| Roggen ( „ 69—74 „ ) . . | „ | 6 | „ | 70 | „ | „ | 7 „ | — „ |
| Gerste . . . . . | „ | 5 | „ | 70 | „ | „ | 8 „ | 35 „ |
| Mais . . . . . | „ | 5 | „ | 20 | „ | „ | 5 „ | 75 „ |
| Hafer . . . . . | „ | 5 | „ | 70 | „ | „ | 6 „ | 50 „ |

per 100 Kg.

### b) Mahlproducte.

| | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Gries . . . . . | von | 14 | fl. | 75 | kr. | bis | 16 fl. | — kr. |
| Weizenmehl . . . . . | „ | 6 | „ | 50 | „ | „ | 16 „ | — „ |
| Roggenmehl . . . . . | „ | 7 | „ | 75 | „ | „ | 13 „ | — „ |
| Weizenkleie . . . . . | „ | 3 | „ | 75 | „ | „ | 3 „ | 90 „ |
| Roggenkleie . . . . . | „ | 4 | „ | 30 | „ | „ | 4 „ | 40 „ |

per 100 Kg.

---

# Städtisches Lagerhaus.

Vom 17. bis 24. November 1892.

| | |
|---|---|
| Waren eingelagert . . . . . | 40.949 Meter-Centner |
| „ ausgelagert . . . . . | 55.180 „ |

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 16.022 Meter-Centner.

Lagerstand vom 24. November 1892: 390.862 Meter-Centner, und zwar:

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 68.852 | Meter-Centner | Weizen, | 29.750 | Meter-Centner Roggen, |
| 55.985 | „ | Gerste, | 81.267 | „ Hafer, |
| 67.536 | „ | Mais, | 19.697 | „ Ölsaaten, |
| 7.613 | „ | Mehl u. Kleie, | 4.370 | „ Wein, |
| 3.205 | „ | Zucker, | 5.340 | Hektoliter à 100% Spiritus. |

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 3,479.320 fl. öst. Währ.

---

# Gewerbeangelegenheiten.

Gewerbeanmeldungen vom 21. November 1892.

(Fortsetzung.)

Lindner Georg — Handel mit Honig und Fruchtsäften im Umherziehen — XII., Unter-Meidling, Grünberggasse 6.
Rada Franz — Kürschnerwaren-Verschleißer — IV., Favoritenstraße 6.
Simroth Johann — Marktvictualienhandel — II., Brigittaplatz.
Wermuth Jakob — Marktvictualienhandel — I., Zedlitzhalle.
Bleicher Laura, recte Lipke — Maschinstrickerei — II., Novaragasse 12.
Buer Ferdinand — Metallschläger — XII., Unter-Meidling, Feldg. 8.
Sittler Johann — Milchmeier — XII., Unter-Meidling, Wilhelmstr. 10.
Nagy Johann von — Militär-Lehranstalt — I., Pestalozzigasse 3.
Feichtinger Karoline — Obsthandel — IV., Kärnthnerthormarkt.

Kawnitsch Agnes — Handel mit Obst und Honig im Umherziehen — XII., Unter-Meidling, Schulgasse 10.
Dedeyan Jakob — Handel mit neuen Ölgemälden — I., Maximilianstraße 9.
Hinterhölzl Anna — Verschleiß von Papier, Schreib- und Zeichenrequisiten — VI., Corneliusgasse 9.
Weingarten Chaim Simon — Papier-Verschleiß — II., Obere Donaustraße 47.
Weingarten Siegmund — Papier-Verschleiß — II., Obere Donaustr. 47.
Bunzlau Sidonie — Pfaidlerin — II., Taborstraße 48.
Hescheles Gitel — Pfaidlerei — II., Obere Donaustraße 2.
Leinwather Heinrich Johann — Pfaidlerei — II., Obere Donaustraße 61.
Quittner Jeanette — Pfaidlergewerbe — II., Große Sperlgasse 10.
Schwoner Fanni — Pfaidlergewerbe — II., Mühlfeldgasse 5.
Wytřisal Johann — Pfaidlergewerbe — XVI., Ottakring, Hauptstraße 1.
Zweig Fanni — Pfaidlerei — II., Schiffamtsgasse 7.
Hauer Karoline — Pferdefleischhandel — XII., Unter-Meidling, Wilhelmstraße 54.
Zur Johann — Posamentierer — XV., Fünfhaus, Zinkgasse 17.
Reicher Adolf — Provisionsbezug — II., Taborstraße 87.
Rott Frida — Provisionsbezug — II., Praterstraße 76.
Weiner Ferdinand — Schiffmüllergewerbe — II., Krieaumühle 13.
Flohr Moriz Josef — Schildermaler — II., Schreigasse 9.
Korkes David — Schirmmachergewerbe — II., Krummbaumgasse 4.
Dworak Anton — Schuhmacher — II., Sachsenplatz 3172.
Hajek Emanuel — Schuhmacher — II., Greiseneckergasse 8.
Hajek Marie — Schuhmachergewerbe (Fortbetrieb) — VII., Badhausgasse 3.
Zeiler Karl — Schuhmacher — XV., Fünfhaus, Schönbrunnerstraße 7.
Gans Ferdinand — Selchwaren-Verschleiß — II., Mathildengasse 6.
Sonn Adelheid — Selchwaren-Verschleiß — II., Kluckygasse 3.

(Das Weitere folgt.)

---

B.-S.-R.-Z. 7812.

# Kundmachung.

**(Concurs zur Besetzung der Directorstelle an der Volks- und Bürgerschule für Knaben in Wien, XVIII., Klettenhofergasse 3.)**

Im Wiener Schulbezirke kommt die Directorstelle der Volks- und Bürgerschule für Knaben in Wien, XVIII., Klettenhofergasse 3, zur Besetzung.

Mit dieser Stelle ist der Jahresgehalt der II. Gehaltsclasse von 1400 fl. und eine Quartiergeldentschädigung jährlicher 500 fl., sowie der Anspruch auf Dienstalterszulagen von je 100 fl. nach einer Dienstzeit von je fünf Jahren im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen verbunden.

Die Bewerber haben ihre Gesuche an den Wiener Stadtrath zu richten und längstens bis 29. December 1892 im vorgeschriebenen Dienstwege bei dem Ortsschulrathe des XVIII. Bezirkes einzubringen.

Die Gesuche sind zu belegen mit: dem Tauf-, beziehungsweise Geburtsscheine bei solchen Bewerbern, welche im Wiener Schulbezirke noch nicht definitiv angestellt sind, dem Heimatscheine unter derselben Voraussetzung, dem Reifezeugnisse (beziehungsweise dem Maturitätszeugnisse einer Mittelschule) oder der Dispens von der Ablegung der Reifeprüfung, dem Lehrbefähigungszeugnisse für Volks- und für Bürgerschulen, den Nachweisen der Dienstleistung (Anstellungs-, Enthebungsdecreten u. dgl.), sowie der Befähigung zum Religionsunterrichte des katholischen Glaubensbekenntnisses im Originale oder in gesetzlich beglaubigten Abschriften, endlich mit der in den Rubriken 1—5 auszufüllenden Dienst-Tabelle.

Verspätet einlangende oder innerhalb des Concurstermines nicht gehörig documentierte Gesuche können nicht berücksichtigt werden.

**Vom Bezirksschulrathe der Stadt Wien,**
*am 21. November 1892.*

Der Vorsitzende-Stellvertreter:
**Dr. Schindler.**

1—3

---

Ad Prot.-Nr. 197775
Ref.-Nr. 2341 ex 1892. IV.

# Kundmachung.

**(Offertausschreibung.)**

Wegen Vergebung der **Wasserleitungs-Installationsarbeiten, der Closetlieferung, der Brunnenmacherarbeiten und der Herstellung der Pumpenanlage für den Schulhausbau im XVIII. Bezirke,** Anastasius-Grüngasse, wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien am **5. December d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Philipp, im neuen Rathhause** (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die Ausmaße, die Kostenanschläge und die dem Projecte beigeschlossenen allgemeinen und speciellen Bedingnisse im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Jedem mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehenden Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

**Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.**

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**

Wien, am 22. October 1892.

2—3

---

Prot.-Nr. 200293
3118 ex 1892. V.

# Kundmachung.

**(Offertausschreibung.)**

Wegen Vergebung der **zur Wiederherstellung der Sohle des Choleracanales im V. Bezirke vom Hause Nr. 89 Wienstraße bis zum Hause Nr. 66 Hundsthurmerstraße erforderlichen Baumeisterarbeiten** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 2060 fl., ferner der **Klinkerziegellieferung** im veranschlagten Kostenbetrage von 1181 fl. 25 kr., endlich der **Portlandcementlieferung** mit dem veranschlagten Kostenbetrage von 229 fl. 69 kr. wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 9. December d. J., präcise um 10 Uhr vormittags, im Bureau des Herrn Magistrats-Secretärs Linsbauer,** im Rathhause (4. Stiege, Mezzanin), eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können den Kostenanschlag und die dem Projecte beigeschlossene Vorschrift im Stadtbauamte ebendaselbst während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar mit der dem Projecte beiliegenden Originalvorschrift genau in Übereinstimmung zu bringen, beziehungsweise zu ergänzen, sodann die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und, mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen, als Offert versiegelt zu überreichen.

Dem Offerte ist das vorgeschriebene Vadium anzuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben.

**Auf verspätet einlangende oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.**

Die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten behält sich der Stadtrath vor.

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**

Wien, am 24. November 1892. 2—3

---

Z. 185015
VIII.

# Kundmachung.

**(Offertausschreibung.)**

Wegen Sicherstellung des in den Jahren 1893, 1894 und 1895 für den Wiener Central-Friedhof erforderlichen Nannersdorfer Sandes in der beiläufigen Menge vom 600 m³ per Jahr wird vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien **am 9. December d. J., präcise um 11 Uhr vormittags, im neuen Rathhause, Eingang von der Lichtenfelsgasse, Stiege Nr. 3, im Mezzanin, im Bureau des Herrn Magistratsrathes Lekisch,** eine öffentliche schriftliche Offertverhandlung abgehalten werden.

Unternehmungslustige können die für diese Lieferung bestimmte Vorschrift in dem erwähnten Bureau oder auch in der Verwaltungskanzlei im Central-Friedhofe während der gewöhnlichen Amtsstunden einsehen.

Exemplare der bezüglichen Vorschrift können bei der städtischen Hauptcassa gegen Erlag von 10 kr. bezogen werden.

Offerenten haben ein derartiges Exemplar zu ergänzen, die am Schlusse dieses Exemplares beigedruckte Erklärung entsprechend auszufüllen und mit einer 50 kr.-Stempelmarke per Bogen versehen als Offert versiegelt zu überreichen.

Jedem Offerte sind fünf Percent derjenigen Summe, um welche die offerierte Lieferung erstanden werden will, als Vadium beizuschließen, oder aber die Bestätigung über den bei der städtischen Hauptcassa erfolgten Erlag desselben der Offertverhandlungs-Commission zu übergeben, welches für den Ersteher als Caution zu dienen hat.

**Auf verspätet einlangende oder mit dem vorgeschriebenen Vadium nicht versehene oder nicht in der vorgeschriebenen Form ausgestattete Offerte wird keine Rücksicht genommen.**

Der Magistrat hat sich jedoch die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung, sowie die uneingeschränkte Wahl unter den sämmtlichen Offerenten vorbehalten.

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**

Wien, am 19. November 1892. 1—3

---

M.-Z. 213101
VI.

# Kundmachung.

**(Eisgewinnung.)**

Wegen pachtweiser Überlassung des Rechtes zur Eisgewinnung in den Wasserparcellen des Stiftungsfondsgutes **Ebersdorf a. d. Donau im Mühlleitner und Enzersdorfer Donauarme** und den Auwässern **auf einer Fläche von rund 53 Joch** findet die Pachtverhandlung, bei welcher schriftliche und mündliche Offerte auf die Pachtdauer von **einem, fünf und zehn Jahre** angebracht werden können, am **Samstag den 3. December 1892, um 10 Uhr vormittags, im Gemeindegasthause in Groß-Enzersdorf** statt.

Die Offerenten haben ein Vadium in der Höhe des einjährigen Pachtzinses den Offerten anzuschließen, bezüglich bei mündlichen Offerten zu erlegen, oder aber die Bestätigung der Forstverwaltung Groß-Enzersdorf über den dort erfolgten Erlag des Vadiums beizubringen.

Schriftliche, versiegelte Offerte, welche mit einer 50 kr.-Stempelmarke versehen sein müssen, können auch vor der Pachtverhandlung bis 2. December 1892, bis 12 Uhr mittags, im Departement VI des Magistrates, neues Rathhaus, 3. Stiege, II. Stock überreicht werden, wo auch die speciellen Bedingungen eingesehen werden können.

**Auf verspätet einlangende, nicht gehörig ausgestattete oder nicht mit dem Vadium belegte Offerte wird keine Rücksicht genommen.**

Der Stadtrath hat sich die Ratification des Ergebnisses der Offertverhandlung sowie die uneingeschränkte Wahl unter den Offerenten vorbehalten.

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**

Wien, am 26. November 1892. 1—1

---

M. Z. 8686 ex 1892.
VIII.

# Kundmachung.

**(Auflassung des Ortsfriedhofes Lainz.)**

Es wird hiemit zur allgemeinen Kenntnis gebracht, dass zufolge hierämtlichen Sitzungsbeschlusses vom 19. d. M., Z. 8686, der auf den Cat.-Parc. 146/1, 146/2 und 146/3 im Gebiete der ehemaligen Gemeinde Lainz gelegene Ortsfriedhof, welcher zufolge Verfügung der k. k. Bezirkshauptmannschaft Sechshaus vom 29. Mai 1876, Z. 16179, betreffs der Beerdigung oder Beilegung von Leichen geschlossen wurde, nunmehr gänzlich zur Auflassung gelangen und abgeräumt werden wird.

Jene Parteien, welche um die Bewilligung zur Exhumierung von Leichen oder zur Wegnahme von Grabdenkmälern einschreiten wollen, haben ihre diesbezüglichen Ansuchen unter Nachweisung des Verfügungsrechtes über das betreffende Grab, beziehungsweise Grabdenkmal, **längstens bis 1. Juli 1893** hieramts zu überreichen.

Nach Ablauf dieser Frist werden hinsichtlich der Exhumierung und Wiederbeerdigung der zurückgebliebenen Leichenreste sowie über die etwa noch vorhandenen Grabdenkmäler von amtswegen Verfügungen getroffen werden.

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**

Wien, am 22. November 1892. 1—1

G.-Z. 17629.

# Kundmachung.

**(Localcommission im XI. Bezirke wegen einer Betriebsanlage.)**

Über die von Hermann Löwy, Fabrikanten, II. Bezirk, Ferdinandsstraße Nr. 18 gestellte Bitte um Bewilligung zur baulichen Erweiterung der bestehenden Fabriksrealität Consc.-Nr. 482 Simmering, XI. Bezirk, am Donaucanal, und um Genehmigung der gewerblichen Betriebsanlage zur Ausübung der Harz-, Theer- und Schmierproducten-Erzeugung auf obiger Realität findet zur Erhebung der Zulässigkeit der Bauführung, sowie der Betriebsanlage in Gemäßheit des § 25 der B.-O. und der §§ 27 und 29 der G.-O., **Montag, am 5. December 1892, nachmittags 3 Uhr** eine Localcommission statt.

Die Commissionsmitglieder versammeln sich an Ort und Stelle.

Dieses wird mit dem Beisatze zur allgemeinen Kenntnis gebracht, dass allfällige Einwendungen gegen die Bauführung und die Betriebsanlage entweder schriftlich bis zum obigen Tage hieramts zu überreichen oder mündlich bei der Commission selbst anzubringen sind, widrigenfalls der Ausführung der Anlage stattgegeben werden wird, soferne sich nicht von amtswegen Bedenken dagegen ergeben.

Auch wird aufmerksam gemacht, dass sich die Vertreter der betheiligten Factoren und Interessenten mit den erforderlichen Instructionen und Ermächtigungen zur Abgabe definitiver Erklärungen bei der commissionellen Verhandlung zu versehen haben, weil sonst durch einen etwaigen Vorbehalt nachträglicher Erklärungen, beziehungsweise Genehmigungen die weitere Amtshandlung über den Verhandlungsgegenstand in keinem Falle aufgehalten werden würde.

Die Pläne liegen bis zum Commissionstage im hiesigen Bezirksamte zur Einsicht auf.

**Vom magistratischen Bezirksamte für den XI. Bezirk.**

Wien, am 18. November 1892. 2—3

---

G.-Z. 210388
XI.

# Kundmachung.

**(Stiftung für nothleidende Kleingewerbetreibende.)**

Von dem Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wird hiemit bekanntgemacht, dass **am 4. März 1893 die Interessen der August Zang'schen Stiftung für nothleidende Kleingewerbetreibende** im Betrage von 2512 fl. 60 kr. zur Vertheilung gelangen werden.

Auf den Genuss dieser Stiftung haben jene Kleingewerbetreibenden Anspruch, welche ohne ihr Verschulden in eine Nothlage gerathen sind, ohne Rücksicht auf ihre Confession oder Heimatsberechtigung, doch müssen dieselben in Wien wohnen und ihr Gewerbe noch betreiben.

Bewerber um diese Stiftung haben ihren Gesuchen den Tauf-, respective Geburtsschein, eventuell den Trauungsschein, die Tauf-, respective Geburtsscheine der Kinder, ferner den Gewerbeschein oder das Concessionsdecret, den Erwerbsteuerschein und ein legales Mittellosigkeitszeugnis, Witwen aber außerdem den Todtenschein des Gatten, beizulegen.

Die in solcher Weise belegten Gesuche sind **längstens bis 17. December 1892** im Einreichungsprotokolle des Wiener Magistrates zu überreichen.

**Auf später überreichte oder nicht gehörig belegte Gesuche wird keine Rücksicht genommen werden.**

**Vom Magistrate der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt**

Wien, am 19. November 1892. 2—3

---

## Inhalt.


Gemeinderath: Seite

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 25. November 1892.

Inhalt:

Mittheilungen des Vorsitzenden:

1. Entschuldigung des Gem.-Rathes Simon wegen Fernbleibens 2835
2. Anfrage wegen Abhaltung eines Balles der Stadt Wien im Fasching 1893 . . . . . 2835
3. Spende Ihrer Majestäten des Kaisers und der Kaiserin für den Centralverein zur Beköstigung armer Schulkinder in Wien 2835
4. Spende des Herrn Ferdinand Mauthner v. Markhof für die Kronprinz Rudolf-Kinderspitalstiftung . . . . . 2835
5. Spende des Herrn Johann Rauch für die Armen . . . . . 2835
6. Spenden des Herrn Jakob Eisler . . . . . 2835
7. Dank des Unterstützungsvereines für mittellose Taubstumme im XVIII. Bezirke für die gewährte Subvention . . . 2835
8. Ausspeisung armer Schulkinder seitens des Ortsschulrathes im XV. Bezirke . . . . . 2835
9. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Seiler, betreffend die Belästigung des Ringstraßenpublicums durch Sandabladungen . . . . . 2835

Interpellationen:

10. Gem.-Rath Dr. Klotzberg, betreffend die städtischen Zinsumlagen . . . . . 2836
11. Gem.-Rath Bärtl, betreffend seinen Antrag auf Errichtung eines Nutzviehmarktes . . . . . 2836
12. Gem.-Rath Tagleicht, betreffend die Regulierung der Diäten und Commissionsgebüren . . . . . 2836
13. Gem.-Rath Grünbeck, betreffend die Errichtung eines Pferdeschlachthauses . . . . . 2836
14. Derselbe, betreffend die Aufhebung der Musik-Impostgebüren 2836

Referat:

15. Gem.-Rath Wurm, betreffend das Project für die Anlage der Stadtbahnstation Michelbeuern . . . . . 2836

Beschluss-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderathes vom 25. November 1892.

Inhalt:

1. Gem.-Rath Dr. Vogler, betreffend Herstellung einer Nothbrücke über den Donaucanal . . . . . 2848

Stadtrath:

Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 22. November 1892 . . 2848
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 23. November 1892 . . 2855

Allgemeine Nachrichten:

Approvisionierung:

Täglicher Fleischmarkt vom 20. bis 26. November 1892 . . . . . 2858
Pferdemarkt vom 25. November 1892 . . . . . 2859
Schlachtviehmarkt vom 28. November 1892 . . . . . 2859
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 26. November 1892 . . . . . 2859
Städtisches Lagerhaus . . . . . 2859

Gewerbeangelegenheiten:

Gewerbeanmeldungen . . . . . 2859—2860

Kundmachungen . . . . . 2860—2862

Beilage: Mittheilungen des statistischen Departements des Wiener Magistrates. Monatsbericht pro October 1892.


Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** — Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. u. k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

**Inseraten-Annahme bei Otto Maaß (Haasenstein & Vogler), Wien, I., Wallfischgasse 10.**